

UNIA

DIE ZEITUNG DER G



work

Nationale Bau-Demo
25. Juni 2022 • 12 Uhr • Zürich

Bau-GAV: Auf ein Feierabend-Bier mit den Büzern. Seite 3



Frauen: Immer noch hässig

Gratis-Arbeit, Lohn-Diskriminierung und neuer Renten-Klau: Zehntausende auf den Strassen. Seite 13

Uber: Mit Urteil ausgebremst

Das Bundesgericht stellt sich hinter die Fahrer. Seiten 5-6

Strom: Endlich geht Sonne auf

Energiepolitik war schon lange nicht mehr so spannend wie jetzt gerade. Seite 4

Ade zäme!

Richtig kündigen! work sagt, wie es geht. Der grosse Ratgeber zum Job-wechsel. Seiten 14-15

Wahlen in Frankreich:

A gauche!

Aurélie Trouvé lehrt Präsident Macron das Fürchten. Wie das geht, verrät sie im **grossen work-Interview.** Seiten 10-11



workedito
Marie-Josée Kuhn

DIE VERWIRRUNG IST GROSS

Immer noch verdienen die Frauen in der Schweiz rund 20 Prozent weniger als die Männer. Dieser Unterschied und seine grossen Folgen waren auch an diesem Frauentreiktag wieder ein Thema (Seite 13). Und wieder gaben die rund 20 Prozent Lohndifferenz zu reden. Selbst unter Feministinnen. Das geht dann etwa so: Sind diese rund 20 Prozent Differenz nur diskriminierend? Und wofür stehen sie schon wieder? So fragen die einen. Stehen sie für gleichwertige oder gleiche Arbeit? Und die anderen meinen: Aber der nicht erklärbare Lohnunterschied beträgt doch nur 8 Prozent! Das ist doch die wirkliche Lohndiskriminierung. Wir sollten also nur über diese nicht erklärbaren 8 Prozent reden. Weil der Rest ja erklärbar ist. Erklärbar durch Faktoren wie Ausbildung, Teilzeitbeschäftigung, Erwerbsunterbrüche, Karriereverlauf usw. Weil sonst machen wir uns doch unglaublich beim politischen Gegner! Oder?

Wir lassen uns den Lohnschiss nicht wegrechnen!

ERKLÄRBAR ODER NICHT. So und ähnlich geht das jeweils hin und her. Und zeigt vor allem eins: Der Zahlensalat und die Verwirrung sind gross. Und politisch gewollt. Das haben jene, die den systematischen Lohnschiss an den Frauen grundsätzlich negieren, prima hinbekommen! Also, bravo Machopartei SVP! Bravo männertreue FDP, CVP und Grünliberale! Ihr, die ihr den Skandal stets wegdifferenziert und wegrechnet zusammen mit euren Arbeitgeber-Organisationen. Weil nicht sein darf, was nicht sein soll. Die beiden Kategorien «erklärbar» und «nicht erklärbar» Lohndifferenz sind nichts anderes als statistisch aufgepumpte Nebelketten. Als ob es, wenn wir's erklären können, weniger diskriminierend wäre. Und als ob all die «erklärbaren» Faktoren, die Frauen weniger verdienen lassen, nicht ganz direkt mit der einen, systematischen Diskriminierung der Frauen in dieser Gesellschaft zu tun hätten: mit der geschlechtsspezifischen Verteilung der Arbeit.

WIEDER RÜCKWÄRTS. Immer noch leisten die Frauen die meiste Care-Arbeit. Und damit auch die meiste Gratisarbeit. Die Ökonomin Mascha Madörin hat diese mal berechnet und kapitalisiert. Sie kommt auf einen Betrag von 100 Milliarden Franken. Pro Jahr! Diese ungerechte Verteilung von Arbeit und Geld macht auch nicht vor den Renten Halt. Frauen haben 37 Prozent weniger Rente als Männer. Und ein Drittel der pensionierten Frauen haben überhaupt keine Pensionskasse und leben nur von der AHV. Und solange wir diese Arbeitsverteilung nicht grundsätzlich hinterfragen und auch grundsätzlich verändern, so lange wird es mit der Gleichstellung nicht wirklich vorangehen. Sondern sogar wieder rückwärts. Wie bei der Heraufsetzung des Frauenrentenalters auf 65, das die Rechten jetzt durchboxen wollen. Und über das wir im September abstimmen. Die Rechten verkaufen uns diese Rentenkürzung um satte 5,6 Prozent selbstverständlich als Gleichstellung. Dabei hat die Gleichstellung von nicht Gleichgestellten noch nie zu mehr Gerechtigkeit geführt. Sie vertieft nur die Ungerechtigkeit.

SAUEREI! Deshalb sagen wir Nein zur Heraufsetzung des Frauenrentenalters. Aber Ja zur Lohngleichheit. Und das ist auch kein Widerspruch, wie manche Medien meinen. Denn so wenig, wie wir uns den Lohnschiss wegrechnen lassen, so sehr wehren wir uns auch gegen eine Schere im Kopf. Und drum bleiben wir dabei: Die Lohnschere zwischen Mann und Frau beträgt rund 20 Prozent. Sie ist systembedingt. Und sie ist da. Und das ist eine Sauerei!

Rechte Mehrheit verheddert sich im selbstgesäten BVG-Gestrüpp Chaos-Truppe Ständerat

Das Pensionskassensystem ist in der Krise. Für immer mehr Geld gibt es immer weniger Rente. Eine Reform soll das ändern. Doch die rechten Parteien wollen nur abbauen.

CLEMENS STUDER

Das ist diese Woche passiert: Der Ständerat hat die Pensionskassenreform an seine vorberatende Kommission zurückgeschickt. Damit verzögert sich die parlamentarische Behandlung erneut. Und der ursprüngliche bürgerliche Plan ist krachend gescheitert. Der sah vor, vor der Abstimmung über die AHV-Abbauvorlage im September den Frauen beim BVG eine Scheinlösung zu präsentieren und diese nach der Abstimmung wieder rückgängig zu machen.

Das ist in den vergangenen Jahren passiert: Das Pensionskassensystem kann die einst gemachten Versprechen immer weniger einhalten. Die 2. Säule bröckelt. Für immer höhere Beiträge gibt es immer weniger Leistung. Seit 2005 gingen die Pensionskassenrenten real um fast 9 Prozent zurück. Geringverdienende und Teilzeitarbeitende werden vom System zusätzlich benachteiligt. Auch deshalb haben Frauen im Schnitt 63 Prozent tiefere Pensionskassenrenten als Männer. 23 Prozent der erwerbstätigen Frauen sind ausschliesslich in der AHV fürs Alter versichert.

Der ursprüngliche bürgerliche Plan ist krachend gescheitert. Die Finanzindustrie und die Marktradikalen von SVP bis GLP wollen das Pensionskassensystem «sanieren», indem sie weiter Leistungen abbauen und die Beiträge erhöhen. Am Profit der Finanzindustrie wollen sie nichts ändern. Weil das im Volk nicht mehrheitsfähig ist, beauftragte der Bundesrat Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften mit einem Kompromiss. Der kam im Sommer 2020 zustande. Der Bundesrat erhob ihn dann zu seinem Geschäft, weil in der Vernehmlassung von rechten Parteien und Verbänden nichts Brauchbares kam.

Der mit den Arbeitgebern erreichte Kompromiss ist zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber er verbessert immerhin einiges für die Lohnabhängigen. ● Ein dauerhafter, solidarisch finanzierter Rentenzuschlag hilft, das heutige Rentenniveau zu halten, obwohl der Umwandlungssatz (er bestimmt die Höhe der BVG-Rente) sofort von 6,8 auf 6 Prozent gesenkt wird. ● Der Rentenzuschlag wird mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber auf allen Löhnen bis rund 850 000 Franken finan-



OH, LÄCK DU MIR AM TSCHÖPLI: Jacken, Schuhe, Hüte und Regenschirme an der Garderobe des Ständerates. FOTO: KEYSTONE

ziert. Hohe Löhne bezahlen somit deutlich mehr für den Rentenzuschlag.

● Weiter schlagen die Sozialpartner vor, den sogenannten Koordinationsabzug zu halbieren. Damit trägt ein grösserer Lohnanteil zum Aufbau der BVG-Rente bei. Das ist ebenfalls für Teilzeitarbeitende und für Menschen mit kleinen Einkommen wichtig. Langfristig steigen ihre Renten. ● Die so zusammenkommende Summe wird pro Kopf an alle künftigen BVG-Rentnerinnen und -Rentner ausbezahlt. Das stärkt die Renten für Menschen mit tiefen Einkommen und für Teilzeitarbeitende, insbesondere auch der Frauen. Und stärkt den Solidaritätsgedanken in der zweiten Säule und verbessert das Preis-Leistungs-Verhältnis des BVG, das wesentlich schlechter ist als bei der AHV.

Das alles war einigen Arbeitgeberverbänden zu sozial. Der Finanzindustrie sowieso. Sie laufen seither Sturm und zaubern Abbauvorlage um Abbauvorlage aus dem Hut. Und unterdessen sagen sie schon ganz offen: Lieber keine Revision als eine mit sozialem Ausgleich!

Das ist in den vergangenen Jahrzehnten passiert: Die Einführung der AHV im Jahr 1947 war für die Finanzindustrie ein riesiges Ärgernis, gar eine «Vorstufe zur Diktatur». So nannte die AHV der damalige Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (heute Economiesuisse), Hans Sulzer. Die AHV blieb und bleibt der Finanzindustrie und den Rechten ein Dorn im Auge. Aus ideologischen Gründen. Aber auch aus ganz handfesten ökonomischen.

Es sollte mit allen Mitteln verhindert werden, dass Sozialversicherungen vom Staat verwaltet werden und damit der Finanzindustrie Milliardenbeträge entgehen.

25 Jahre nach der Einführung der AHV zeitigten die Dauerangriffe erste Erfolge. 1972 wurde das 3-Säulen-Prinzip eingeführt und damit die Grundlage für das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) von 1985 gelegt. Mit diesem wurde die private Ausbeutung der Sparaufkommen der Bürgerinnen und Bürger festgeschrieben. Denn bei der Pensionskasse machen die Guthaben der Lohnabhängigen (Lohnabzüge und Anteil der Arbeitgeber) einen jahrzehntelangen Umweg über das internationale Finanzsystem. Das ist teuer, weil die beteiligten Akteure der Finanzindustrie sich auf allen Stufen und während der ganzen Vertragsdauer nicht zu knapp an den Altersguthaben bedienen. Insgesamt mit mehreren Milliarden jährlich. Dieses Geschäft wollen sie am Laufen halten. Koste es die Versicherten, was es wolle.

Das muss jetzt geschehen: Die rechte Mehrheit im Parlament muss sich entscheiden. Arbeitet sie weiter die Bestellliste der Finanzindustrie ab – oder hilft sie einer Lösung im Sinne der Mehrheit der Altersversicherten zum Durchbruch. Diese muss sich eng am Modell von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband orientieren. Sonst hat sie vor dem Volk keine Chance. Und natürlich muss die AHV gestärkt statt geschwächt werden: mit einem Nein zur AHV-Reform 21, einem Ja zum AHV-Dreizehnten und mit SNB-Gewinnen.

Villars-sur-Glâne FR: Streik bei Elektro-Firmen Valelec und ECF Blitzerfolg für die Stromer

Zehntausende Lohnfranken schuldete das Besitzer-Ehepaar der Firmen Valelec und ECF ihren Mitarbeitenden. Doch diese zogen den Stecker.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Sechs Monate lang mussten die Mitarbeitenden der Freiburger Elektro-Firmen Valelec und ECF auf ihren 13-Monatslohn warten. Die Firmen hatten zudem Krankentaggelder und Familienzulagen zurückbehalten. Der Verdienstaufschlag für die Mitarbeitenden belief sich auf Zehntausende Franken. Die beiden Firmen gehören dem Ehepaar Clément. Carole Clément-Haymoz



KÄMPFERISCHE STROMER: Logo der Unia-Elektrobranche. FOTO: UNIA

ist Geschäftsführerin von Valelec, Ehemann Steve Clément ist Geschäftsführer von ECF. Trotz eines Vermittlungsversuchs der Unia Freiburg hatte die Firma

die fälligen Beträge nicht ausbezahlt. Ein Valelec-Mitarbeiter berichtete, sie hätten den Chef um Erklärungen gebeten, doch dieser habe sie angelogen und falsche Versprechungen gemacht.

POTZBLITZ

Deshalb beschlossen 17 Valelec- und ECF-Mitarbeitende: Jetzt reicht's! Am 7. Juli traten sie in einen unbefristeten Streik. Zudem riefen sie die Olympiasiegerin in Freestyle-Ski, Mathilde Gremaud, dazu auf, ihre Sponsoring-Partnerschaft einzufrieren. Und zwar so lange, bis die Mitarbeitenden ihren Lohn bekommen hätten. Das zeigte Wirkung: Bereits nach wenigen Stunden

sprang der Funke, und das Ehepaar Clément war bereit, die fehlenden Löhne, Krankentaggelder und Familienzulagen zu bezahlen. François Clément (nicht mit dem Ehepaar Clément verwandt), Co-Regioleiter der Unia Freiburg, freut's: «Am Morgen Streik, am Nachmittag ist er schon wieder vorbei. Und die Forderungen der Streikenden sind erfüllt. Das ist schon recht ungewöhnlich!» Sie hätten sich eigentlich auf einen längeren Arbeitskampf eingestellt, da sie fast ein halbes Jahr mit ECF und Valelec verhandelt hätten. «Der Erfolg hat sicher auch mit einer guten Planung zu tun. Wir waren immer einen Schritt voraus.»

Landesmantelvertrag: Klare Worte am Baubüezer-Stammtisch

«Baumeister-Reden kannst du rauchen!»

Nationale
Bau-Demo
25. 6. 2022

Protest: Endlich Lohn für Schreiner!

GENÈ. Seit zwei Jahren erst gibt es die Phoenix Renova GmbH, und schon macht sie Lämpen: Die Schreinerfirma aus Genè hatte «wirtschaftliche Schwierigkeiten» geltend gemacht und mehreren Mitarbeitenden die März-Löhne nicht bezahlt. Ein Betroffener erhielt zudem die Kündigung, während gleichzeitig neues Personal auf tauchte. Das war zu viel für die Geprellten. Sie verweigerten die Arbeit. Aber erst ein lauter Protest und ein Ultimatum der Unia machten Phoenix Beine: Am 4. Juni trafen alle Löhne ein – total fast 30 000 Franken.

Arbeitsicherheit neu Grundrecht

GENÈ. Drei Millionen Menschen sterben jährlich wegen Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten. Diese Zahl will die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) jetzt massiv senken. Am 10. Juni beschloss die 110. ILO-Arbeitskonferenz in Genè, dass ein sicherer und gesunder Arbeitsplatz ein Grundrecht sei. Dieses muss demnach neu von allen 181 ILO-Mitgliedstaaten geachtet und gefördert werden.

Flughafen Zürich: Bodenpersonal gegen Krisen-GAV

KLOTEN ZH. Am Flughafen Zürich herrscht wieder Grossandrang. Fast zwei Millionen Gäste nutzten ihn im Mai, viermal mehr als im Mai 2021. Und die Flugbewegungen sind bereits auf 83 Prozent des Vor-Corona-Niveaus. «Jetzt sind wir dran!» sagen deshalb Gepäck-



FLUGHAFEN ZÜRICH: Das Bodenpersonal fordert einen neuen GAV. FOTO: KEYSTONE

sortierer und Rollfeldarbeiterinnen von Swissport. Mit den Gewerkschaften VPOD und SEV fordern sie einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit fairen Löhnen. Zwei Jahre lang war das Bodenpersonal in Kurzarbeit. Zudem akzeptierte es einen Krisen-GAV mit massiven Einbussen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Google: Millionen wegen Frauen- Diskriminierung

MOUNTAIN VIEW, USA. Plötzlich will Google zahlen – und zwar 118 Millionen US-Dollar. So viel hat der kalifornische Techkonzern seinen Mitarbeiterinnen in Aussicht gestellt, wenn sie im Gegenzug ihre Diskriminierungsklage zurückziehen. 15 000 Google-Mitarbeiterinnen hatten 2017 eine Sammelklage unterzeichnet. Ihr Vorwurf: Frauen würden in gleichen Positionen weniger verdienen als Männer. Google betont, das Millionenangebot sei kein Schuldgeständnis.



ARIJAN SALIHU, MARIUS KÄCH UND KRISTJAN GJECI (v.l.) SIND SICH EINIG: Viele Leute hätten ein falsches Bild vom Bauberuf. Immer hiesse es nur «Knochenjob» oder sogar «Drecksarbeit». Dieses Bild sei veraltet. Technologisch sei wahnsinnig viel im Gang, und das mache den Beruf abwechslungsreich und spannend.

Der Baumeisterverband will diktieren, wann, wie lange und ob überhaupt gearbeitet wird. work hat drei junge Bauarbeiter zum Feierabendbier getroffen und sie gefragt, was sie davon hielten.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS MARA TRUOG

Das Ringen um einen neuen Landesmantelvertrag im Bauhauptgewerbe (LMV) ist in vollem Gange. Am 10. Juni sassen die Gewerkschaften bereits zum vierten Mal mit dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) am Verhandlungstisch. Erneut zeigte sich: Die Positionen liegen weit auseinander. Die Baumeister forderten, ältere Bauarbeiter bei einem Stellenwechsel in tiefere Lohnklassen einteilen zu dürfen. Auch wollen sie Ältere einfacher entlassen können. Und wann, wie



«Flexibel heisst: noch mehr Stress und Überstunden.»

MARIUS KÄCH, MAURER

lange und ob überhaupt gearbeitet wird, wollen die Chefs künftig kurzfristig diktieren können. «Flexibilität» nennt das der SBV – und behauptet, das sei ein Anliegen «der Bevölkerung» und sogar «der Arbeitnehmenden». Doch was denken die Baubüezer wirklich von solchen Vorhaben?

SCHWÄRMEN BEI PIZZA

In der Pizzeria Celia am Zürcher Helvetiaplatz ist bereits Hochbetrieb, als um 18 Uhr Kristjan Gjerci (32) eintrifft. Gjerci ist italienischer Hilfsarbeiter mit albanischen Wurzeln, ein fitter

Kerl, wach im Geist und nie um einen Witz verlegen. Doch heute humpelt er: «Kreuzbandriss», erklärt er, «schon seit fünf Monaten habe ich keine Baustelle mehr betreten.» Darauf sei er alles andere als stolz, denn Herumsitzen sei gar nicht sein Ding. Das habe er früher als Versicherungsfachmann in Mailand genug oft gemacht. Jetzt aber hat er den Bau für sich entdeckt, hier will er sich weiterbilden und Karriere machen. «Zwei, drei Wochen noch», versichert er, «dann bin ich wieder am Start!»

So wie Marius Käch (25) und Arijan Salihu (34), die sich nun dazusetzen. Sie bestellen Bier und Cola, dazu Pizza Napoli und Tagliatelle al salmone. «Hunger haben wir immer!» meint Maurer Käch, «auch wenn wir es mal etwas lockerer haben.» So wie heute. Salihu und Käch haben in den letzten 12 Monaten ein neues Schulhaus hochgezogen. Vorarbeiter Salihu ist zufrieden: «Ordentlich Gas haben wir gegeben. Jetzt bleiben nur noch kleine Regiearbeiten und das Aufräumen und Rauswaschen der Baustelle.» Ein befriedigendes Gefühl sei so ein Projektabschluss. Kollege Gjerci nickt: «Am Ende siehst du, was du mit deinen Händen geleistet hast.» Das sei überhaupt das Schöne am Bauberuf, meint auch Käch: «Stell dir vor, meine Kinder lernen irgendwann in dieser Schule, das wäre doch das Geilste!» So weit ist es aber noch nicht und auch Nachwuchs hat Käch noch keinen. Dafür einen Haufen Sorgen.

SORGEN BEI BIER

Der junge Maurer ist nämlich einer von vier Arbeitern in der Verhandlungsdelegation, die mit den Baumeistern über den neuen LMV diskutiert. Kächs bisherige Bilanz: «Der Vertrag steht auf der Kippe!» Vom SBV habe er bisher nicht einen konstruktiven Vorschlag gehört. «Sie machen auf nett und reden von «gemeinsamen Interessen», aber inhaltlich kannst du das rauchen.» Käch nimmt einen Schluck aus seinem Humpen und

gibt ein Beispiel: Die Meister argumentieren mit «Arbeitsplatzsicherheit», um damit dann die Löhne anzugreifen. Auch auf «Flexibilisierung» werde immer wieder gepocht. Käch: «Ich hätte nichts dagegen, bei den Arbeitszeiten mitbestimmen zu können. Und auch eine Teilzeitstelle könnte ich mir vor-



«Ich brauche langfristige Sicherheit, die gibt uns nur der LMV!»

ARIJAN SALIHU, VORARBEITER

stellen. Doch für uns soll Flexibilität ja nicht gelten – nur für die Chefs!» Auch das Thema Termindruck macht den drei Büezern Bauchweh. Käch sagt: «Die Meister haben uns ziemlich direkt gesagt, dass sie den Preiskampf über die Termine führen wollen. Das heisst: noch mehr Stress und Überstunden.» Und da der SBV auch die Mindest- und Maximalarbeitszeit aushebeln wolle, sei das freie Wochenende und das Privatleben generell in Gefahr. Jetzt unterbricht Kollege Salihu.

Seine Familie, in den 1990er Jahren vor dem Kosovokrieg geflüchtet, hat nämlich selbst ein Baugeschäft. Salihu kennt deshalb auch die schwierige Situation, in der viele Firmen derzeit stecken: «Wegen der hohen Preise, des Fachkräftemangels oder der gnadenlosen Konkurrenz!» Doch beim freien Wochenende und den geregelten Arbeitszeiten hört auch bei Salihu der Spass auf: «Wenn das wegfällt, wäre mein jetziges Leben nicht mehr möglich!» Salihu ist nämlich nicht nur leidenschaftlicher Fussballer und fleissiger «Pumper» (im Normalfall trainiert er täglich im Fitnesscenter), sondern bald auch ein verheirateter Mann. Und Familienpläne hat er auch bereits. «Da brauche ich eine langfristige Sicherheit, und die gibt uns nur der LMV!» Und weil von nichts leider immer noch

nichts komme, müsse man für seine Sache eben kämpfen. Da sind sich Käch, Salihu und Gjerci einig. Und in einer Sache geben sie dem SBV sogar recht.

LIMONCELLO ZUM SIEG

«Viele Leute haben ein falsches Bild vom Bauberuf!» empört sich Salihu, der zuerst Milchtechnologe, dann Kaufmann und erst zuletzt Maurer gelernt hat. «Immer heisst es nur «Knochenjob» oder sogar «Drecksarbeit.» Dieses Bild sei veraltet, treffe für die meisten Kolleginnen und Kollegen nicht zu. Salihu: «Technologisch ist wahnsinnig viel im Gang. Und von den Fortschritten profitieren auch wir. Sie machen den Beruf abwechslungsreich und spannend.»

Käch sieht's genau gleich. Auch er ist ein Quereinsteiger, hat zuerst das Gymnasium gemacht und dann in der Archäologie gejobbt. Ein Studium konnte er sich aber nicht leisten. Und



«Wir sind auf Kurs, jetzt braucht's halt den Druck der Strasse!»

KRISTJAN GJECI, HILFSARBEITER

so kam Käch zum Bau, was er überhaupt nicht bereut. Aber er warnt: «Wenn der Vertrag nun vor die Hunde geht, ist die Attraktivität des Berufs futsch.» So weit wollen es die drei aber nicht kommen lassen. Deshalb gehen sie am 25. Juni an die Bau-Demo nach Zürich. Dass die Unia diese organisiert und dafür täglich auf den Baustellen wirbt, sei wichtig. Salihu aber findet, die Gewerkschaft könne ruhig einen Zacken zulegen: «Sie muss noch härter verhandeln!» Dagegen hätte auch Käch nichts. Gjerci ebenso wenig, doch er meint: «Wir sind auf Kurs, jetzt braucht's halt den Druck der Strasse!» Das hat der Celia-Wirt gehört; eine Runde Limoncello geht aufs Haus.

Energiepolitik war schon lange nicht mehr so spannend

Solarrevolution in den Alpen

Im Wallis geschehen noch Zeichen und Wunder: Plötzlich geht es mit zwei wegweisenden Solarprojekten mächtig voran. Nur die ewigen Atomlobbyisten checken's einfach nicht.

MARIE-JOSÉE KUHN

Da ist der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri, der auch Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz ist. Zusammen mit Noch-Gewerbeverbands-Direktor Hans-Ulrich Bigler (ebenfalls FDP) publizierte er in der «Weltwoche»

Der Entschied fiel mit null Gegenstimmen.

unter dem schönen Titel «Grüne Kernenergie» einen Artikel pro Atomenergie. Und gegen solare Freiflächenanlagen in den Alpen. Das ist weiter nicht verwunderlich, Bigler ist auch Präsident des Nuklearforums Schweiz. Ein ewiger Atomlobbyist. Damit sind zumindest die Fronten klar: Es geht um den Match Atomkraftwerke gegen Wasserkraft & Solarenergie.

In diesem Match spielen das Walliser 450-Seelen-Bergdorf Grengiols, das sie «Grängelsch» aussprechen, und sein Gemeindepräsident Armin Zeiter ganz vorne mit. Am 8. Juni gab die Grängier Urversammlung dem Gemeinderat grünes Licht für das Megaprojekt Grengiols Solar. An den Sonnenhängen des Saflischtals soll auf rund fünf Quadratkilometern der grösste bifaziale Solarpark der

Schweiz entstehen. Der Entscheid fiel mit 56 Ja zu 0 Nein und 8 Enthaltungen derart sowjetisch aus, dass sogar Gemeindepräsident Zeiter überwältigt war, wie er dem «Walliser Boten» erklärte. Jetzt könne die Kommission, die Grengiols für das Projekt eingerichtet habe, mit den nötigen Abklärungen «in Bezug auf Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Raumplanung» loslegen.

SCHAFE UND SOLARPANELS

Lanciert hat die Idee für Grengiols Solar im Februar die Walliser Oppositionszeitung «Rote Anneliese». Genaue: der Briger Hotelier und Ex-SP-Präsident Peter Bodenmann. Seit Jahren macht er sich mit Feuer und Flamme und Furor für den ökosozialen Umbau stark. Seit Jahren auch im work, in der Rubrik «Rosa Zukunft» (siehe unten). Im grossen work-Interview pries Bodenmann vor vier Wochen auch die Vorzüge von Grengiols Solar. Und rechnete vor: «Der Alpenraum hat eine Fläche von 18000 Quadratkilometern, also 18 Milliarden Quadratmetern. Grengiols Solar beansprucht 5 Quadratkilometer. Wir müssen ein Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden stopfen. Und das könnten wir mit rund 25 Anlagen in der Grössenordnung von Grengiols. Die beanspruchen somit nur 0,6 Prozent des ganzen Alpenraums.» Zudem könne man unter den zweiseitig nutzbaren, aufrechtstehenden Solarpanels Schafe grasen lassen (**rebrand.ly/walliswunder**). So weit und so kurz zur solaren Revolution in den Alpen, die plötzlich machbar erscheint.

Das sieht auch die Walliser Kraftwerks- und Netzbetreiberin «Energie



HIER LEBT DER FORTSCHRITT: Das Bergdorf Grengiols, auch «Grängelsch» genannt, sagte bei der Gemeindeabstimmung derart sowjetisch Ja zum geplanten Solarpark, dass sogar der Gemeindepräsident überwältigt war. FOTO: SCHWEIZ TOURISMUS

Electricité du Simplon» (EES) so. Sie wird vom Schweizer Energiekonzern Alpiq kontrolliert. An der Generalversammlung, die ebenfalls am 8. Juni stattfand, beschloss die EES nämlich, ihr Projekt «Gondo Solar» zu beschleunigen. Oberhalb der Walliser Ortschaft Gondo ist die grösste Photovoltaikanlage der Schweiz geplant. Dank der optimalen Lage auf über 2000 Metern über Meer wird Gondo Solar jährlich rund 23,3 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren – mehr als die Hälfte davon im Winterhalbjahr. Vielleicht wird es bereits dieses Jahr zu ei-

ner Ausschreibung für den Bau einer 18-Megawatt-Testanlage kommen. Damit könnte auch die strittige Kostenfrage geklärt werden. Denn noch liegen die Schätzungen weit auseinander. Kein Detail: Die Energie-Taskforce der Oberwalliser Grünliberalen hat die Alpe Alperung ob Gondo besucht. Und ist begeistert. Die offene Frage: Wie werden sich die Grünen positionieren?

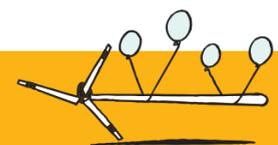
SP MACHT'S VOR

Schon positioniert hat sich die Bundesfraktion der SP. Am 2. Juni präsent-

ierte sie ein Positionspapier mit 14 Massnahmen gegen das drohende Energie-Blackout. Darunter die Forderung nach einem sofortigen Bau von Solaranlagen in den Alpen mit einer Leistung von 3000 Megawatt. Das entspricht etwa der Leistung von drei Atomkraftwerken. Für diese ersten 3000 Megawatt soll ein beschleunigtes Verfahren gelten. Innert sechs Monaten soll der Bundesrat die Anlagen bewilligen.

Wenn das so käme, bekäme die alpine Solarrevolution noch mehr Antrieb. Wir bleiben dran.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Windmaschine: Erlebt Erfinder Bendix die Einweihung seines Leipziger Eiffelturms noch?

Der deutsche Ingenieur Horst Bendix will mit seinem revolutionären Windrad-Konzept hoch hinaus. Seit Jahrzehnten tüftelt er an seiner Entwicklung. Steht er jetzt kurz vor dem Durchbruch?

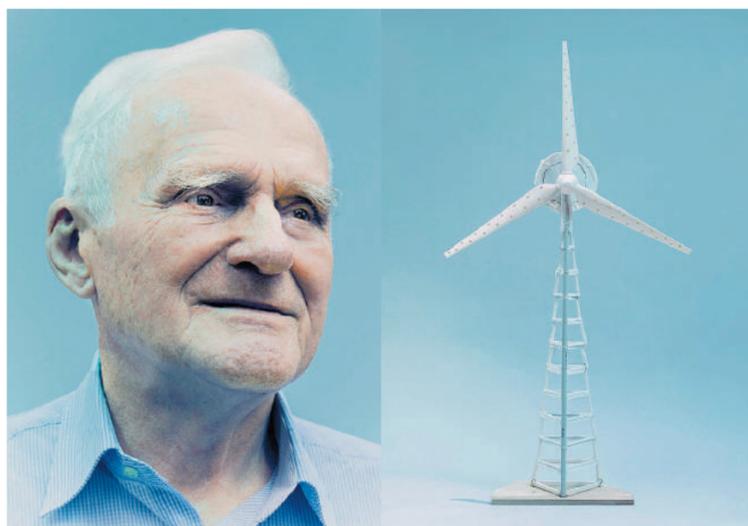
Horst Bendix ist jetzt 92 Jahre alt. Der Erbauer des Berliner Fernsehturms will die bestehenden Windkraftanlagen konzeptionell auf den Kopf stellen und so die ganze Branche revolutionieren (work berichtete: **rebrand.ly/bendix-wind**).

BENDIX-BAUSTEIN 1: Seine Windräder sollen 400 Meter hoch in den Himmel ragen und dort oben die kräftiger und konstanter blasenden Höhenwinde nutzen.

BENDIX-BAUSTEIN 2: Der Generator befindet sich nicht mehr in der Gondel oben beim Rad, sondern am Boden. Auf einer Plattform, die sich mit dem Wind dreht.

BENDIX-BAUSTEIN 3: Weil der schwere Generator sich unten und nicht mehr oben befindet, kann man den hohen dreibeinigen Turm – analog dem Eiffelturm – mit Elementen produzieren, die in der Fabrik vorfabriziert wurden.

ALTER BENDIX-BAUSTEIN 4: Bisher ging Erfinder Bendix davon aus, dass



BALD AM ZIEL? Er hat den Berliner Fernsehturm gebaut, jetzt will Horst Bendix mit seinen 400-Meter-Windrädern die Windkraft revolutionieren. FOTOS: SPRIND.ORG

man die Energie vom Rotor zum Generator mit Seilen überträgt. Diese sind leider etwas laut und müssen, wegen Hitze und Abrieb, zu häufig ersetzt werden.

NEUER BENDIX-BAUSTEIN 4: Die Agentur für Sprunginnovationen scheint eine Lösung gefunden zu haben: «Mit dem Drahtseil liess sich die notwendige Lebensdauer nicht erreichen; wahrscheinlich auch heute noch nicht. Mit einem modernen Flach-

riemen mit verheissungsvollen Eigenschaften, hoher Lebensdauer und beispielhafter Ruhe geht es auf.» Es besteht somit Hoffnung.

VERHEISSUNGSVOLL. Horst Bendix stammt aus Leipzig. Regiert wird Leipzig vom Oberbürgermeister und Sozialdemokraten Burkhard Jung. Der möchte gerne den weltweit ersten Horst-Bendix-Windturm bauen lassen. Seine Verwaltung prüft deshalb mit Hochdruck, ob das alles klappen kann

und wird. Doch Sozis sind meist vorsichtige Menschen. In der «Leipziger Zeitung» lesen wir denn auch: «Falls es diese «Flachriemen mit verheissungsvollen Eigenschaften» tatsächlich geben sollte, könnte das Ganze ja klappen. Wobei es ja nicht nur darum geht, dass diese Riemen enorme Kräfte über 200 Meter übertragen müssen. Sie müssen auch mit der Hitzeentwicklung bei grossen Windgeschwindigkeiten und entsprechender Reibung zurechtkommen. Burkhard Jung jedenfalls betonte, dass alle beteiligten Ämter derzeit prüfen, ob das Bendixsche Höhenwindrad auf Leipziger Gebiet als Pilotprojekt gebaut werden könnte. Er sagte aber auch: «Noch ist nichts entschieden. Wir sollten ergebnisoffen prüfen.»

Wir drücken Hort Bendix die Daumen, damit erstens die Leipziger Sozialdemokratie vorwärtsmacht. Und zweitens seine Erfindung dank neuer Riemen auch funktioniert. Der Grund: Ein grosses Windrad heutiger Bauart produziert pro Jahr 10 Millionen Kilowattstunden Strom. Ist schon eine ganze Menge, wenn man bedenkt, dass ein Haushalt pro Jahr durchschnittlich 4500 Kilowattstunden Strom verbraucht. Doch die Bendixsche Windmaschine wird, wenn sie denn zum Laufen kommt, mit dem gleichen Rotor 30 Millionen Kilowattstunden produzieren. Somit drei Mal mehr. Das wäre ökonomisch und ökologisch quasi revolutionär.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/der-erfinder**
Ein schönes Portrait über den Erfinder Horst Bendix und seine Frau in der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit».
- **rebrand.ly/verdichtet-bauen**
Selbst die deutsche Boulevardzeitung «Bild» aus dem Springer-Verlag macht uns Hoffnung auf günstigen Strom dank Bendix. Man könne mit seinen Maschinen in Windparks ein zweites Stockwerk einziehen. Im 1. Stock drehen sich die heutigen Windräder. Im 2. Stock die Bendix-Eiffeltürme. Somit verdichtetes Bauen 2.0 ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.
- **rebrand.ly/leipzig-schlacht**
In Leipzig tobte 1813 die sogenannte Völkerschlacht. Rund 100000 Soldaten fanden hier ihren zu frühen Tod. Heute geht es um Windräder. Und Krieg verwüstet weiter östlich die Ukraine.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**



STOP UBER! Aktion von Fahrerinnen und Fahrern in Zürich. FOTO: URS JAUDAS, TAMEDIA

Bundesgericht erklärt Uber-Modell für gesetzeswidrig

Endlich! Rote Karte für Dumping-Uber

Bahnbrechendes Urteil gegen Lohn- und Sozialdumping: Der Taxidienst Uber ist definitiv Arbeitgeber und muss die Fahrerinnen und Fahrer anstellen.

CHRISTIAN EGG

Jetzt ist es amtlich: Uber verstösst gegen das Gesetz. Und zwar macht das der US-amerikanische Dumping-Taxidienst Uber in der Schweiz seit neun Jahren. Und rechtfertigt sich immer wieder: Die Fahrerinnen und Fahrer seien gar nicht angestellt, sondern selbstständig. Falsch, sagt jetzt das Bundesgericht: Zwischen dem US-Konzern und denen, die für ihn fahren, besteht ein Arbeitsvertrag, und zwar seit neun Jahren. Dass Uber selbst keine solchen Verträge ausstellt, spielt keine Rolle. Somit muss Uber alle Pflichten eines Arbeitgebers erfüllen, auch bei seinem Essenslieferdienst Uber Eats. Etwa Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen. Ebenso den kantonalen Mindestlohn, wo ein solcher gilt. Und zwar rückwirkend.

NEUE LEBENSZEIT

Damit bestätigt das Urteil exakt das, was die Unia seit Jahren fordert. Entsprechend gross ist die Freude bei Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung: «Das ist ein riesiger Fortschritt. Unser langjähriger Einsatz gegen die Uberisierung hat sich gelohnt!»

Erleichtert ist auch Taxifahrer Mohammed Gharbi (47). Wegen der Uber-Dumping-Konkurrenz habe er bis zu 15 Stunden täglich gearbeitet und auf Kundschaft gewartet, um über die Runden zu kommen. «Jetzt machen wir den gleichen Umsatz in weniger Stunden, so wie früher. Ich habe wie

der Zeit zum Leben!» Jahrelang habe er gegen Uber protestiert: «Als ich vom Urteil des Bundesgerichts hörte, habe ich geweint vor Freude.»

Uber wurde 2009 in San Francisco (USA) als Limousinenservice gegründet. Heute ist er weltweit in über 10000 Städten tätig. Immer mit dem Ziel, das lokale Taxigewerbe zu verdrängen. Der Umsatz betrug letztes Jahr 17 Milliarden Dollar, CEO Dara Khosrowshahi garnierte knapp 20 Millionen.

WIDERSTAND DER TAXISTAS

2013 nahm Uber die Schweiz ins Visier, zuerst Zürich, später Basel, Genf und Lausanne. Und es waren die in der Unia organisierten Taxifahrerinnen und -fahrer, die als erste Alarm schlugen. Sie verloren Knall auf Fall rund die Hälfte ihres schon vorher bescheidenen Einkommens. Mit grossen Taxi-Demos in Basel, Bern, Zürich und der Westschweiz protestieren sie gegen «Dumping-Uber».

Ab 2017 organisierten sich immer mehr Uber-Fahrerinnen und -Fahrer in der Unia. Zweimal streikten in Genf Chauffeurinnen und Chauffeurs von Uber-Subunternehmen. Und liessen illegale Praktiken dieser Uber-«Partnerfirmen» auffliegen: falsche Angaben an die Behörden, um Bewilligungen zu erschleichen, und Bschiss bei den Beiträgen für die Sozialversicherungen (work berichtete: [rebrand.ly/ubertrick](https://www.rebrand.ly/ubertrick)). Auch nach dem Bundesgerichtsurteil holt jetzt Uber den Trick mit den «Partnerfirmen» aus der Mottenkiste (siehe Kasten).

Billig ist der Fahrdienst Uber nicht deshalb, weil er besser ist. Sondern, weil er für seine scheinselfständigen Mitarbeitenden keine Beiträge

an Sozialversicherungen zahlt. Zwar stuft die Suva schon 2016 einen ersten Uber-Fahrer als Angestellten ein. Aber Uber zog die Sache vor Gericht. Diese



«Das ist ein riesiger Fortschritt. Unser Einsatz hat sich gelohnt!»

VÉRONIQUE POLITO, UNIA

Verzögerungstaktik fuhr der Konzern auch mit unzähligen anderen Gerichtsentscheiden. Um möglichst lang ungestört kassieren zu können. Zuletzt im Januar dieses Jahres, siehe [rebrand.ly/ubertaktik](https://www.rebrand.ly/ubertaktik). Deshalb ist der neue Bundesgerichtsentscheid so wichtig: Den kann Uber nicht mehr anfechten. Unia-Frau Polito sagt dazu: «Der Weg über die Gerichte geht sehr lange. Aber wenn ein Arbeitgeber sich querstellt, ist es die einzige Möglichkeit, solche Geschäftsmodelle zu verhindern.»

Denn billig ist Uber auch, weil der Fahrdienst als Plattform organisiert ist. Er bindet viel mehr Arbeitskräfte an sich, als er Arbeit hat. Das ist attraktiv für die Kundschaft, weil der Dienst ständig verfügbar ist. Aber es ist der Horror für die Mitarbeitenden, weil sie ständig in Konkurrenz zueinander stehen. Und nur dann und auch noch schlecht bezahlt werden, wenn die Plattform ihnen eine Arbeit zuweist. Oder gar nichts mehr verdienen, wenn sie krank sind.

UBER-MODELL MACHT SCHULE

Das Uber-Plattform-Modell versuchten andere zu kopieren. Oft waren es Start-ups wie der Velokurier Notime, die Putzkräfte-Vermittlung Batmaid oder der Essenslieferdienst Smood, wo der Arbeitskonflikt andauert. Aber auch die Migros lancierte 2018 einen Heim-

lieferdienst namens «Amigos», mit einem Dumpinglohn von 7 Franken 90 pro Einkaufstasche. Da diese Firmen in der Regel auf Scheinselbstständigkeit à la Uber setzen, lässt der Widerstand nicht lang auf sich warten. Und ist oft erfolgreich, wie Unia-Mann Roman Künzler (siehe Interview Seite 6) weiss: «Die meisten Firmen haben in der Folge zumindest die Leute angestellt.»

Das Bundesgericht macht klar: Jetzt muss dies auch Uber tun.

Genf: Uber erfindet neues Konstrukt

Bereits einen Tag nach dem Bundesgerichtsurteil funktionierte die Uber-App in Genf nicht mehr. Verfügt durch den Kanton. Der hatte schon 2019 ein Verbot ausgesprochen, doch Uber hatte es angefochten. Jetzt gab das Bundesgericht dem Kanton recht. Schnell zauberte jetzt Uber ein Konstrukt mit «Partnerunternehmen» aus dem Hut. Diese sollen in Genf die Fahrerinnen und Fahrer einstellen und «alle Sozialversicherungsabgaben und den Mindestlohn garantieren». Im Rest der Schweiz ändere sich nichts. Nach knapp einer Woche bewilligte die Genfer Regierung den Uber-Dienst wieder.

OFFENE FRAGEN. Viele Fragen bleiben offen. Welche Bedingungen gelten bei den Subunternehmen? Und wie werden die Ansprüche aus der Vergangenheit berechnet? Ein erster Arbeitsvertrag eines Subunternehmens, der work vorliegt, zeigt: Die Fahrerinnen und Fahrer werden im Stundenlohn bezahlt. Aber nur, wenn sie einen Auftrag haben – bei Wartezeiten gibt's keinen Lohn. Das widerspricht den Regeln des Personalverleihs. Unia-Mann Roman Künzler will jetzt Klarheit: «Wir erwarten Antworten. Von Uber und auch vom Kanton Genf.» (che)



ILLU: WINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & die Zeit

Zeit sei Geld. Heisst es. Das Thema ist, gerade im Zusammenhang mit der Post, abgedroschen. Und doch aktuell. Die Briefträgerin traf zufälligerweise in einem Restaurant zwei Schaltherange stellte. Das Gesprächsthema war



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

klar: die Arbeitgeberin, die Arbeitsbedingungen. Die Kolleginnen berichteten, dass seit ein paar Monaten das Dingdong-Zeichen («der/die nächste bitte!») nach Abschluss einer Zahlung au-

Ist die Pressiererei Teil der beruflichen Identität geworden?

tوماتisch ausgelöst werde. Egal, ob die Nase geputzt oder ein Schluck Wasser getrunken sei. «Wir können schon eingreifen, tun wir das aber zu oft, müssen wir Rechenschaft ablegen.»

In der Briefträgerin steigen Erinnerungen an zahllose Zeitsparmassnahmen hoch, denen sie im Verlaufe ihrer Postkarriere ausgesetzt war: Konkurrenz als Mittel der Leistungssteigerung. Vergleiche ohne Ende und eigentlich auch ohne Sinn. Denn manches ist schlicht nicht vergleichbar: Stadt und Land, Jung und Alt, die Temperamente und anderes. DXP-Fahrzeug-Besteigen immer von der Seite her, wo Frau oder Mann grad steht. Auch wenn die sichere Seite die andere ist. Spart Sekunden. Der Weg in den Pausenraum und zurück sei Pause und entsprechend zu scannen. Wer für den Scannerbetrieb ein Passwort benutzt, statt Google, der Post und weiss nicht wem allem den Fingerabdruck zur Verfügung zu stellen, muss sich ineffizientes Arbeiten vorwerfen lassen. Big Data grüsst vielmals. Und die verarbeitete Menge pro Zeit. Viele geben viel für eine gute «Performance». Warum funktioniert dieses Leistungssystem, trotz Rückenschmerzen, Magenübersäuerungen, Kopfflosigkeiten, Stress und Unfällen?

HERDENTIER? Der Mensch sei ein Herdentier. Heisst es. Nur: Sind die Menschen von Natur aus Herdentiere, oder sollen sie es sein? Der Gruppendruck mag ein Grund dafür sein, dass vieles – höchstensfalls murrend – akzeptiert wird. Oder die eher irrationale Angst vor Stellenverlust. Des weiteren Lobhascherei und die Hoffnung auf finanzielle Anerkennung.

Immerhin haben die Rationalisierungs- und Tempovorschriften an Aufdringlichkeit verloren. Weil sie gar nicht mehr nötig sind? Weil die Kulturrevolution vollzogen, die Abrichtung gelungen und die Pressiererei Teil der beruflichen Identität geworden ist?

Mindestlöhne in der EU Der Durchbruch

Soziale Reformansätze in der Europäischen Union: Wir berichten hier seit Jahren darüber. Zum Beispiel über den Sozialgipfel der EU in Göteborg, der 2017 stattfand. Er proklamierte die «Säule sozialer Rechte». Nichts als warme Luft, dachten damals viele. Aber der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) beschloss, die Politik beim Wort zu nehmen. Der nächste Sozialgipfel fand dann 2021 statt, im portugiesischen Porto. Und verabschiedete einen Aktionsplan zur Umsetzung dieser Sozial-Säule.



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Nichts als warme Luft, meinte diesmal die misstrauische kommunistische Partei Portugals. Dies, obwohl schon einige Entwürfe für neue Gesetze vorlagen. Und der EGB auf Hochtoursen dafür lobbyierte.

Für die Gewerkschaften ist das wie Weihnachten und Geburtstag zugleich.

Im Dezember 2021 mauerte sich schliesslich die geplante Richtlinie zu Mindestlöhnen und Kollektivverhandlungen zur wichtigsten neuen Vorlage, zum Entscheidungsspiel. Hier geht es nicht nur um einzelne Massnahmen, wie etwa den bezahlten Vaterschaftsurlaub oder mehr Schutz für die Plattform-Arbeitenden. Es geht um Grundsätzliches. Um die Aushandlung von Löhnen und Arbeitsbedingungen.

24 MILLIONEN PROFITIEREN. Jetzt ist endlich entschieden – und die Penalties sind versenkt. Das Resultat ist besser, als selbst Optimisten zu hoffen wagten: Die EU macht Vorgaben für all jene Länder, die gesetzliche Mindestlöhne kennen. Sie müssen diese auf 60 Prozent des Medianlohnes (die eine Hälfte liegt darüber, die andere darunter) heben. Und sie sollen für alle Branchen gelten. Bei einer schnellen Umsetzung würden so 24 Millionen Lohnabhängige substantielle Lohnerhöhungen erhalten. 5 Millionen Menschen allein in Rumänien, 4 Millionen in Italien!

Neu will die Richtlinie in allen Ländern auch die Kollektivverträge fördern. Sie müssen mit Gewerkschaften und nicht mit Pseudovertretungen ausgehandelt werden. Zudem dürfen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wegen ihrer Aktivitäten nicht diskriminiert werden. Und GAV müssen eingehalten werden, wozu es Kontrollen und abschreckende Sanktionen braucht.

In Ländern, wo weniger als 80 Prozent der Lohnabhängigen einem GAV unterstehen, müssen Aktionspläne zur GAV-Förderung erstellt werden. Zum Beispiel bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionierungen.

FAZIT: Das alles ist für die Gewerkschaften wie Weihnachten und Geburtstag zugleich. Wann wird der Bundesrat der EU folgen?

Unia online



Das neue Unia Forte ist da

Unia Forte ist das Magazin für Coop-Angestellte. Wir berichten über das Neueste aus der Unia, über Coop und über den Detailhandel. Ausserdem porträtieren wir einen Kollegen und informieren zu Gesundheitsschutz und Arbeitsrecht bei Coop. Jetzt online lesen: www.unia.ch/uniafortede

Unia-Transportchef Roman Künzler über das Uber-Bundesgerichtsurteil «In drei Monaten müssen alle einen Arbeitsvertrag haben»

Für Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Transport, ist klar: Jetzt müssen die Behörden Uber dazu zwingen, sich an das Schweizer Arbeitsgesetz zu halten.

CHRISTIAN EGG

work: Das Bundesgericht hat entschieden: Uber-Fahrerinnen und -Fahrer sind Angestellte.

Wie geht es jetzt weiter?

Roman Künzler: Das Urteil bringt Klarheit. Uber hat seine Beschäftigten neun Jahre lang in die Schwarzarbeit gedrängt. Jetzt muss der Konzern allen in der Schweiz einen schriftlichen Arbeitsvertrag ausstellen und die Versäumnisse der Vergangenheit korrigieren. Also erstens den Fahrerinnen und Fahrern rückwirkend Löhne und Spesen zurückerstatten und zweitens den Sozialversicherungen die fehlenden Beiträge einzahlen. Zusammen

«Die Menschen könnten wieder arbeiten, ohne ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen.»

schuldet Uber nach unseren Berechnungen den Mitarbeitenden und der Allgemeinheit fast eine Milliarde Franken.

Trotzdem will Uber nichts an seinem Modell ändern.

Das überrascht mich nicht. Die Kantone und auch der Bund müssen jetzt das Arbeitsgesetz auf Uber anwenden. Viele Verfahren wurden sistiert, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Jetzt ist das Urteil da, und die Behörden müssen diese Firma dazu zwingen, sich an die



UNIA-TRANSPORTCHEF ROMAN KÜNZLER: «Der Fahrdienst Uber schuldet den Mitarbeitenden und der Allgemeinheit fast eine Milliarde Franken.» FOTO: KEYSTONE

Schweizer Gesetze zu halten. Konkret verlangen wir, dass in spätestens drei Monaten alle Uber-Beschäftigten in der Schweiz einen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen.

Und was muss in diesem Arbeitsvertrag stehen?

Erstens ein anständiger Lohn. Für die Zentren wie Zürich und Genf ist das im Minimum der Genfer Mindestlohn von 23 Franken 27 pro Stunde. Zweitens im voraus geplante Einsätze wie in jedem anderen Betrieb auch. Und drittens muss die volle Präsenzzeit bezahlt werden, also auch allfällige Wartezeiten, wenn es zu wenig Aufträge gibt.

Was bedeutet das Urteil für die Transportbranche?

Im Taxigewerbe, aber auch bei den Food-Kurieren haben viele wegen Uber und Uber Eats einen grossen Teil ihres Einkommens verloren. Die können aufatmen, wenn jetzt dieser Entscheid durchgesetzt wird.

Über hat bisher Preisdumping betrieben auf Kosten der Fahrerinnen und Fahrer, um den Markt zu erobern. Ohne die Schwarzarbeit von Uber würden die Transportpreise wieder eher den wahren Kosten entsprechen. Alle hätten gleich lange Spiesse. Das würde denjenigen Arbeitgebern zugute kommen, die ihre Mitarbeitenden korrekt behandeln. Damit besteht die Aussicht, dass es in dieser Branche wieder würdigere Arbeitsbedingungen gibt.

Auch der Essenslieferdienst Smood funktioniert nach dem

gleichen Plattform-Prinzip wie Uber. Welche Folgen hat das Urteil auf den Arbeitskonflikt bei Smood?

Smood hat bisher Uber Eats stets als Ausrede vorgebracht: Weshalb sollen wir uns an die Regeln halten, solange Uber Eats das auch nicht tut? Das können sie nicht mehr sagen, wenn die Behörden Uber in die Pflicht nehmen.

Eine direkte Auswirkung hat das Urteil aber nicht, weil Smood ja bereits Arbeitsverträge hat – und trotzdem können die Fahrerinnen und Fahrer kaum von ihrer Arbeit leben. Das zeigt: Ein Arbeitsvertrag sorgt nicht automatisch für würdige Arbeit. Die Bedingungen müssen gut sein, das gilt für Smood und gilt für die neuen Uber-Verträge. Da steht uns noch viel Arbeit bevor.

Nach dem Affront gegen die Smoodeurs und gegen die Unia: Genfer protestieren gegen den Smood-GAV

Die Kritik am Lieferdienst Smood und am Hinterrücksvertrag mit Syndicom bricht nicht ab.

MARIE-JOSÉE KUHN

Am 9. Juni protestierten erneut aufgebrachte Fahrerinnen und Fahrer des Lieferdienstes Smood unter dem Motto: «Smood kassiert, die Migros profitiert.» Diesmal versammelten sie sich vor einer Genfer Migros-Filiale. Der Ort war gezielt gewählt, denn die Migros Genf ist Aktionärin und Kundin von Smood. Support bei ihrer Aktion erhielten die Smoodeurs vom Genfer Unterstützungskomitee, das bereits auch ihren Streik begleitet hatte.

Zur Erinnerung: Während fünf Wochen streikten im letzten Winter Smood-Fahrerinnen und Fahrer in elf Städten gegen ihre Arbeitsbedingungen. Und die Gewerkschaft Unia unterstützte sie. Es war der grösste Arbeitskampf, den die Schweiz seit längerer Zeit gesehen hatte. Die Smoodeurs verlangten bessere Löhne, faire Spesen, Schluss mit Gratisarbeit usw. Am Ende des Streiks schaltete sich dann die Schlichtungsbehörde des Kantons Genf in den Arbeitskonflikt ein und empfahl Smood, zentrale Forderungen der Fahrerinnen und Fahrer umzusetzen. Doch es passierte



«SMOOD KASSIERT, DIE MIGROS PROFITIERT»: Aktion der Smood-Fahrerinnen und -Fahrer in Genf. FOTO: LAURENT GUIRAUD / TRIBUNE DE GENÈVE

nichts. Das Unternehmen liess sich nicht bewegen. Deshalb reichten mehrere Smoodeurs Klage gegen Smood ein.

VERTRAUENSBRUCH

Doch dann kam der 19. Mai. Plötzlich verkündeten Smood und die Minderheitsgewerkschaft Syndicom, sie hätten zusammen einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Ein massiver Affront sowohl für die Smoodeurs als auch für die Mehrheitsgewerkschaft Unia, der 160 Fahrende das Mandat zum Verhandeln gegeben hatten. Denn Smood und Syndicom hatten ohne das Wissen der Fahrerinnen und Fahrer und der Unia verhandelt.

Und zwar schon während des Streiks. Stimmen in der Unia verurteilten diesen Hinterrücksvertrag deshalb scharf – als «Vertrauensbruch». Ähnlich heftig reagierte auch der Genfer Gewerkschaftsbund in einer Resolution an SGB-Chef Pierre-Yves Maillard. Und verlangte dringend mehr intergewerkschaftliche und loyale Zusammenarbeit.

Für die protestierenden Smoodeurs vor der Genfer Migros-Filiale ist dieser Syndicom-Smood-GAV ebenfalls nicht akzeptabel, sie nennen ihn «einen Papiertiger und der Migros unwürdig». Denn er ist nicht einmal gut. In wichtigen Streitpunkten fällt er sogar hinter das zu-

rück, was die Schlichtungsbehörde des Kantons Genf empfiehlt. Zum Beispiel beim Lohn. Das zeigt der Vergleich, den work zusammengestellt hat (rebrand.ly/hinterruecksvertrag).

UNDEMOKRATISCH

Heftige Kritik gab's an der Genfer Protestaktion auch an der Art und Weise, wie Smood seine Mitarbeitenden über den Vertrag hat abstimmen lassen: «Die Konsultation dauerte nur zwei Tage, und Smood legte den Mitarbeitenden weder den ganzen Vertragstext vor, wie das sonst üblich ist, noch garantierte das Unternehmen ihnen Anonymität.»

Kein Wunder bei einem solchen undemokratischen Verfahren, dass die Mehrheit der Mitarbeitenden zustimmte. Pikant: Im GAV-Text steht sogar, dass eine Ablehnung des GAV zu einer Kündigung führen könne. Das ist abschreckend. Für die Protestierenden vor der Migros les Augustins war deshalb klar: «Smood verhöhnt das Arbeitsrecht.» Und die Minderheitsgewerkschaft Syndicom lässt das einfach zu.

Der Syndicom-Smood-GAV ist «ein Papiertiger».



Benzinpreis-Subventionen: Eine schlechte Idee

Die Benzin- und Dieselpreise sind massiv gestiegen. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe (15. Juni) lagen sie laut TCS bei 2,28 (95) und 2,37 (Diesel). Das ist für Menschen, die auf ein Auto angewiesen sind, eine Belastung.

ÖL-MULTIS. Die SVP spielt sich als «Vertreterin der kleinen Leute» auf und verlangt Subventionen für Treibstoffe. Das wäre eine schlechte Idee. Denn profitieren

würden vor allem die gutgestellten Haushalte, für die der erhöhte Benzinpreis sowieso kein Problem ist. Und die Öl-Multis. Eine links-grüne Behauptung? Nein, bewiesene Fakten. Deutschland subventioniert die Treibstoffpreise mit 3,15 Milliarden Euro. Der Tankrabatt wurde am 1. Juni eingeführt und sollte den Liter Benzin um 35 Cent günstiger machen und den Liter Diesel um 17 Cent. Das war genau einen

Tag lang mehr oder weniger der Fall. Seither steigen die Preise wieder.

DICKES GESCHENK. Das heisst: die grössten Profiteure des Tankrabatts sind die Öl-Konzerne – sie sacken fast zwei Drittel der über drei Milliarden Euro ein. So ein Geschenk möchten die SVP und einige Bürgerliche auch den in der Schweiz tätigen Konzernen machen. Im Stände-

rat blieben sie am Montag erfolglos. Der Nationalrat befasste sich erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe mit dem Geschäft. Viel gescheiter als ein Tankrabatt ist der Ansatz des Städtzürcher Gemeindeparlaments: dessen links-grüne Mehrheit beschloss eine «Energiezulage» für einkommensschwache Haushalte. SVP, FDP, Mitte und die rechten Grünen von der GLP waren dagegen. (cs)

Die sieben drängendsten Fragen und Antworten zu den steigenden Preisen bei Heizöl, Kleidern, Lebensmitteln & Co.

Wie gefährlich ist die Teuerung?

Der Lohn bleibt gleich, aber viele Dienstleistungen und Waren werden teurer: Nach über einem Jahrzehnt meldet sich die Teuerung zurück. Doch: was heisst das genau? Und wie gefährlich ist das? work hat die Antworten.

CLEMENS STUDER

Was ist eigentlich Teuerung?

Die Jahresteueringung ist im Mai 2022 auf 2,9 Prozent gestiegen. Das heisst: die im Landesindex der Konsumentenpreise abgebildeten Waren und Dienstleistungen sind 2,9 Prozent teurer als im Mai 2021. Besonders spüren wir dies aktuell bei Treib- und Heizstoffen, doch die Teuerung erfasst inzwischen auch Nahrungsmittel, Möbel, Kleider, Take-away, Fitnessabos usw. Wenn die Preise für Waren und Dienstleistungen steigen, gibt es für den gleichen Frankenbetrag weniger davon. Das Geld verliert an Tauschwert.

Warum ist die Teuerung jetzt plötzlich zurück?

Nach vielen Jahren mit Null- oder gar Minusteueringung steigt die Teuerung jetzt rasant an. Dafür gibt verschiedene Ursachen. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Rohstoffpreise stark steigen lassen. Gleichzeitig sind die Lieferketten nach der Corona-Pandemie immer noch angeschlagen oder gar unterbrochen. Lieferengpässe führen zu Knappheit, und Knappheit lässt die Preise steigen. Dazu kommt, dass viele Firmen die aktuelle Lage ausnutzen, um ihre Profite zu steigern (siehe Artikel oben).

Wie wird Teuerung gemessen?

Das Bundesamt für Statistik hat einen Warenkorb definiert, der die wichtigen Konsumausgaben der privaten Haushalte in der Schweiz repräsentiert. Die Krankenkassenprämien werden darin nicht berücksichtigt, weil sie als «Transfer-Zahlungen» gelten. Doch auch dort droht uns eine Erhöhung bis zu 10 Prozent.

Ist die Schweiz besser dran als andere Länder?

Ja, obwohl auch in der Schweiz die Teuerung in lange nicht mehr gekanntem Ausmass ansteigt. Das hat verschiedene Ursachen.

Zur Teuerung droht erst noch ein Prämienschokk.

Zentral dabei: Unsere Energieversorgung ist nicht so stark von Erdöl und Gas abhängig wie etwa jene Deutschlands. Dazu kommt der aufwertende Franken gegenüber dem Euro und dem Dollar. Er federt die höheren Preise von Importgütern ab. Und dann gibt's noch Schweizer Eigenheiten in der Landwirtschaftspolitik. Zum Beispiel ist der Markt für Brotgetreide durch Zölle und Abgaben derart abgeschottet, dass kaum importiert wird. Konkret: wir bezahlen bereits im «Normalfall» viel mehr dafür und spüren jetzt den Anstieg zum Beispiel des Weizenpreises nicht beim Brot. Dafür bei den Teigwaren, die importiert werden.

Wie wichtig ist der Teuerungsausgleich?

Der Teuerungsausgleich ist zentral. Denn ohne Teuerungsausgleich hätten Berufstätige mit mittleren Löhnen schon bei einer Jahresteueringung von 2 Prozent real 1600 Franken weniger Einkommen pro Jahr. Bei berufstätigen Paaren mit Kindern beliefte sich der

Reallohnverlust sogar auf 2200 Franken. Das zeigen Berechnungen des Gewerkschaftsbundes. Nicht berücksichtigt ist dabei der zu erwartende Prämienschokk bei der Krankenkasse. Dieser wird Haushalte mit mittleren Einkommen besonders stark treffen, weil sie kaum oder gar keine Prämienverbilligungen bekommen. Für eine vierköpfige Familie bedeutet ein Prämienanstieg von 10 Prozent schnell ein zusätzliches Loch im Haushaltbudget von jährlich 1100 Franken.

Warum fordern die Gewerkschaften zusätzlich auch Reallohn erhöhungen?

In den vergangenen Jahren haben viele Firmen die Produktivitätsgewinne, die von den Lohnabhängigen erarbeitet wurden, nicht weitergegeben, sondern zugunsten ihres Aktionariats und ihrer Topverdienenden eingesetzt.

Und was macht die Politik?

Die rechten Parteien machen wie immer rechte Wirtschaftspolitik. Ausser Steuersenkungen und Steuergeschenke für die Reichen fällt ihnen nichts ein. Aktuell beim Benzin (siehe Artikel oben).

Anders die fortschrittlichen Parteien. Die SP schlägt unter anderem vor, ab einer Teuerung von 5 Prozent bei Lebensmitteln, Mietkosten, Krankenkassenprämien und Energie jedem Erwachsenen einen «Check fédéral» von 260 Franken auszustellen und jedem Kind einen über 130 Franken. Zentral bleibt für fortschrittliche Parteien wie für die Gewerkschaften auch die Erhöhung der Krankenkassenverbilligungen. Mit diesen Massnahmen wird – wie auch mit dem Teuerungsausgleich und Reallohn erhöhungen – die Kaufkraft der Lohnabhängigen und Pensionierten gestärkt. Das hilft auch der Gesamtwirtschaft.



la suisse existe
Jean Ziegler

KOMPLIZEN DES VERBRECHENS

In seiner elften These zu Ludwig Feuerbach schreibt Karl Marx: «Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern.» Klaus Petrus, ein international hochgeachteter Philosoph, hat

Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Wir müssen weiterkämpfen.

Marxens Forderung befolgt. Der Berner Philosophie-

professor verliess die Universität, verzichtete auf die Annehmlichkeiten, das Geld und das soziale Prestige der akademischen Laufbahn... und wurde Journalist. Ein Journalist, der jetzt schon seit zehn Jahren für die ärmsten Menschen, insbesondere die Flüchtlinge, kämpft. Seine Reportagen aus dem Balkan und aus Nordafrika haben tiefen Einfluss auf das europäische Kollektivbewusstsein. Warum sind seine Berichte so erschütternd? Weil in ihnen zuallererst die gequälten Opfer zu Wort kommen. Die Leserinnen und Leser erinnern sich an die bewegende Doppelseite über die Flüchtlinge aus den Elendsbehäusungen im Norden von Bosnien, die Klaus Petrus im work publiziert hat (rebrand.ly/vergessene-von-bihac).

61 MILLIONEN FÜR FRONTEX. 15. Mai 2022: 71 Prozent der stimmenden Schweizerinnen und Schweizer sagten Ja zum bundesrätlichen Vorschlag einer Erhöhung des Beitrags für die europäische Grenzschutzbehörde Frontex. Künftig sollen wir Steuerzahlende 61 Millionen Franken jährlich an die Menschenjäger aus Brüssel bezahlen. Dabei waren die Argumente des Bundesrats absurd. Laut ihm soll die hochgerüstete Frontex Europa vor illegaler Migration schützen. Tatsache ist jedoch: Frontex und die untergeordneten nationalen Grenzschutzkorps verjagen die Flüchtlinge, um sie daran zu hindern, auf europäischem Boden ein Asylgesuch stellen zu können.

Mein Buch «Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten» wurde von der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» verrissen. Es sei «total übertrieben». Nun erstellte der jüngste Untersuchungsbericht des Europaparlaments eine Liste der Verbrechen von Frontex und ihren nationalen Partnerorganisationen. Aufgezählt wird das Ausreissen der Fingernägel gefangener Flüchtlinge, die Wegnahme von Kleidung und Schuhen, Schläge, Schädelbrüche, Vergewaltigungen, Hundebisse, ertrinkende und erfrierende Menschen. All dies wird dargestellt an einer Vielzahl konkreter Beispiele. Und Schweizer Zöllner und Polizisten sind daran beteiligt.

KELLER-SUTTERS LÜGE. Oktober 2021: Vor dem Nationalrat begründet Bundesrätin Karin Keller-Sutter den Regierungsbeschluss mit der Behauptung, die Erhöhung des Schweizer Beitrags werde es dem Bundesrat ermöglichen, entscheidenden Einfluss auf die EU-Flüchtlingspolitik zu nehmen.

Am 20. Mai führte ich ein langes Telefonat mit Klaus Petrus. Meine Frage: «Hast du bei deinen jüngsten Besuchen an den Süd- und Ostgrenzen der EU irgendetwas bemerkt von einer schweizerischen Intervention?» Die knappe Antwort: «Nein.» Was ist zu tun? Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Wir müssen weiterkämpfen. Damit der Bundesrat entweder sein Reformversprechen einlöst oder unsere Mitgliedschaft bei Frontex kündigt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Gastro-Löhne: 40 Franken mehr, aber nicht für alle

Im Gastgewerbe gibt's den Teuerungsausgleich. Dazu ein kleines Plus auf die Mindestlöhne. Ausgerechnet auf die tiefsten Löhne aber nicht.

CHRISTIAN EGG

Dieses Jahr sind alle Lohnverhandlungen etwas anders. Die Teuerung liegt derzeit bei knapp drei Prozent (siehe Seite 7). Um so viel müssen die Löhne im Minimum ansteigen, damit zumindest die Kaufkraft erhalten bleibt.

Bei den Mindestlöhnen im Gastgewerbe ist das der Fall: Sie werden auf nächstes Jahr an die Teuerung angepasst. Darauf haben sich die Parteien im Gesamtarbeitsvertrag der Branche (L-GAV) geeinigt. Zusätzlich steigen die



STURE CHEFS: Trotz Personalmangel bleiben die Löhne tief. FOTO: ADOBE

Mindestlöhne in den meisten Kategorien leicht an. Berufstätige mit dreijähriger Lehre erhalten 40 Franken mehr pro Monat, jene mit zwei Jahren Lehre 20 Franken mehr. Und für Mitarbeitende, die keinen Lehrabschluss haben, aber die fünfjährige Ausbildung Progresso, steigt der Lohn um 10 Franken pro Monat.

KNAPPES JA. Ausgerechnet für die tiefste Mindestlohn-Kategorie, für Mitarbeitende ohne Berufslehre, gibt's aber nur den Teuerungsausgleich. Mauro Moretto, Gastgewerbe-Verantwortlicher bei der Unia, sagt: «Da waren die Arbeitgeber nicht zu einer realen Lohnerhöhung bereit. Für mich total unverständlich!» So sehen das auch die Unia-Delegierten der Branche, die Ende Mai das Ergebnis diskutierten. Viele waren enttäuscht. Besonders angesichts des aktuellen Personalmangels in der Branche. Denn im Moment seien es vor allem die Mitarbeitenden ohne Diplom, die noch in der Branche arbeiteten und unzählige Überstunden leisteten, sagt Moretto. «Viele Betriebe haben nur dank diesen Menschen überhaupt noch offen!»

Mit nur einer Stimme Unterschied nahmen die Delegierten das Ergebnis schliesslich hauchdünn an. Das Fazit sei klar, so Moretto: «Die Arbeitgeber hätten einen Beitrag leisten können, die Probleme der Branche und der Menschen, die dort arbeiten, zu lösen.»

VERTRAG VERLÄNGERT. Die Partner des Gesamtarbeitsvertrags haben sich auch darauf geeinigt, den geltenden L-GAV bis Ende 2023 zu verlängern. Denn: Seit drei Jahren blockiert Gastrosuisse die Verhandlungen für einen neuen Vertrag. Für die Unia-Delegierten ist aber klar: Es braucht jetzt Verhandlungen. Die Forderungen stehen auch schon fest: Die Beschäftigten aus dem Gastgewerbe haben sie im April in einem Manifest niedergeschrieben (work berichtete: rebrand.ly/gastro-manifest). Der 12-Punkte-Katalog fordert von den Chefs unter anderem: Die Löhne und Mindestlöhne müssen substantiell steigen. Die Berufserfahrung soll sich im Lohn niederschlagen. Und: Die ewige Arbeit auf Abruf muss endlich ein Ende haben.

Lohnkontrollen: Seco-Bericht entlarvt Verweigerer-Kantone

Fleissiges Genf, faules Bern

Die Einhaltung der flankierenden Massnahmen wurde im vergangenen Jahr wieder besser kontrolliert. Aber noch immer nicht konsequent genug.

CLEMENS STUDER

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU (FlaM) sind eine gewerkschaftliche Erfolgsgeschichte. Sie schützen alle Arbeitnehmenden in der Schweiz vor Lohndumping. Vor allem, wenn ihre Einhaltung überwacht wird. Dafür zuständig sind paritätische Kommissionen in Branchen, in denen ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag gilt. In Branchen ohne GAV sind kantonale tripartite Kommissionen (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Verwaltung) verantwortlich. Stellen die Kantone zu tiefe Löhne fest, kommt es zu einem sogenannten Verständigungsverfahren, mit dem die zu tiefen Löhne korrigiert werden. Das heisst, sie werden dann an die orts- und branchenüblichen Löhne angepasst.

VERWEIGERER-KANTONE

Im vergangenen Jahr folgte die überwiegende Mehrheit der ausländischen Firmen (sogenannte Entsendefirmen) dieser Aufforderung. Anders

Nur wenn kontrolliert wird, fliegen Lohndumper auf.

sieht es bei den erwischten Schweizer Firmen aus: Über 700 bezahlten zu tiefe Löhne. Doch nur rund 300 von ihnen passten die Löhne nach Aufforderung der Kantone auch an. Oder in Prozent: Während bei den Entsendebetrieben 81 Prozent der Verständigungsverfahren erfolgreich verlaufen, sind es bei Schweizer Betrieben lediglich deren 44 Prozent. Bei den Branchen mit einem allgemeinverbindlichen GAV sind die Mindestlöhne klar definiert und müssen nachbezahlt werden, die Verantwortlichen werden gebüsst.

Wo kontrolliert wird, fliegen



ALLES IM LOT? Wer in der Schweiz arbeitet, hat das Recht auf einen orts- und branchenüblichen Lohn. Die Kantone müssten das überwachen. Doch nicht alle nehmen ihre Kontrollpflicht gleich ernst. FOTO: KEYSTONE

Verstösse auf. Doch nicht alle Kantone nehmen ihre Aufgabe wirklich ernst. Lobenswert fleissig kontrollieren die Kantone Genf und Tessin, die viele Schweizer Firmen kontrollieren. Weniger um den Lohnschutz kümmern sich dagegen zum Beispiel die Kantone Bern, Freiburg, Wallis und Zug. Hier wird nur gerade ein Prozent der Firmen oder noch weniger auf Lohnverstösse überprüft. Das heisst statistisch: Ein Schweizer Unternehmen wird durchschnittlich nur rund alle hundert Jahre kontrolliert.

POLITISCH GEWOLLT

Die Flankierenden sind einem Teil der Arbeitgeber schon lange ein Dorn im Auge. Weil sie die Arbeitsbedingungen aller in der Schweiz Arbeitenden schützen und die Firmen nicht nach eigenem Gutdünken wursteln können. Aus demselben Grund haben viele Patrons auch Mühe mit dem Arbeitsgesetz und

den Gesamtarbeitsverträgen. Darum reiten sie Angriff um Angriff auf diese. Oder lassen sie reiten. Politisch verbünden sie sich dafür, je nach Dossier, mit der SVP, den Freisinnigen, den Grünliberalen oder mit allen zusammen. Den bisher grössten Angriff der letzten Jahre führten sie über das Rahmenabkommen mit der EU. In der von Aussenminister Ignazio Cassis ausgehandelten Form hätte es den Lohnschutz in der Schweiz massiv geschwächt. Die Gewerkschaften mussten das mit energischem Widerstand verhindern.

Auch der neuste Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) belegt, wie wichtig die Kontrollen sind. Und zeigt auch, dass mehr kontrolliert werden müsste. Denn die Schweiz hat die höchsten Löhne in Europa und gleichzeitig einen der offensten Arbeitsmärkte. Darum muss der Grundsatz «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz»

streng durchgesetzt werden. Denn wenn – was sich verantwortungslose Arbeitgeber und marktradikale Ideologen wünschen – entsendet Arbeitende aus der EU zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen, geraten auch die Löhne der in der Schweiz wohnhaften Arbeitnehmenden unter Druck.

SCHÜTZEN UND AUSBAUEN

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit haben nach wie vor grössere Lücken. Noch ist erst die Hälfte der Lohnabhängigen durch Mindestlöhne in Gesamtarbeitsverträgen geschützt. Und noch zu viele Kantone verweigern eine ernsthafte Kontrolltätigkeit und sind gegenüber Lohndumping zu lasch. Mit den sogenannten L-Bewilligungen für Kurzaufenthaltende wird zu viel Schindluder getrieben (nachzulesen hier: rebrand.ly/L-Bewilligung). Diese Lücken müssen geschlossen werden.



ABMONTIERT: Das gelbe M ist aus Russland verschwunden. FOTO: REUTERS



ANSTURM: 15 Ex-McDonald's sind wieder offen, mit neuem Namen. FOTO: GETTY

Fertig mit McDonald's in Russland

Ami ging home

Zwei Monate nach dem Mauerfall flammte es mitten in Moskau plötzlich auf: das leuchtend gelbe M für McDonald's. Es war das erste Fast-Food-Restaurant, das im Januar 1990 seine Türen öffnete. Der US-Kapitalismus hielt Einzug in der Sowjetunion. Am ersten Betriebstag wurden 30 000 Menüs verkauft. Die Moskauerinnen und Moskauer standen Schlange.

RÜCKZUG. Inzwischen gibt es in Russland rund 850 McDonald's-Filialen mit 62 500 Mitarbeitenden. Besser gesagt, es gab sie. Denn kurz nach der Invasion Putins in die Ukraine zog sich McDonald's aus Russland zurück und schloss alle Betriebe. In Anbetracht der humanitären Katastrophe und der logistisch-technischen Schwierigkeiten, die dieser Krieg zur Folge habe, sei an ein Weiterbetreiben nicht zu denken, liess der US-Multi verlauten.

Jetzt hat McDonald's sein Russland-Geschäft abgestossen und alle Filialen an den russi-

schen Geschäftsmann Alexander Govor verkauft. Der Kaufpreis ist nicht bekannt. Govor ist Mitbesitzer der Bau-Investorengruppe Neftekhimservis, wie die britische Tageszeitung «The Guardian» schreibt. Und diese besitzt eine Ölraffinerie in Sibirien. Govor war bisher schon Lizenznehmer von McDonald's und be-

Die Burger-Läden

heissen jetzt «Wkusno i totsckka».

trieb 25 Restaurants, ebenfalls in Sibirien. Er hat sich jetzt verpflichtet, alle Mitarbeitenden für mindestens zwei Jahre weiterzubeschäftigen.

Soeben haben 15 Govor-Restaurants wiedereröffnet. Das leuchtend gelbe M musste weg. Die Burger-Läden heissen jetzt «Wkusno i totsckka» («Lecker und Punkt»). Und wieder standen die Leute am Eröffnungstag Schlange. (mjk)

Kolumbien: Bernerin Karmen Ramírez mischt die Wahlen auf Auch Todesdrohungen halten sie nicht auf

Wegen Morddrohungen floh Karmen Ramírez (50) von Bogotá nach Bern. Jetzt wurde die mutige Exil-Aktivistin ins kolumbianische Parlament gewählt. Und sie legt sich weiter ins Zeug – für die erste Linksregierung seit 200 Jahren!

JONAS KOMPOSCH

Es war ein Triumph der Extraklasse, und trotzdem hat kein einziges Schweizer Medium darüber berichtet: Im März wurde die im Berner Exil lebende Menschenrechtsaktivistin Karmen Ramírez (50) ins kolumbianische Parlament gewählt. Dort vertritt sie fortan die Interessen der kolumbianischen Diaspora. Über 5 Millionen Kolumbianerinnen und Kolumbianer leben im Ausland. Das entspricht mehr als zehn Prozent aller Staatsangehörigen. Jährlich 8,5 Milliarden Dollar Devisen schicken sie in ihre Heimat. Doch im Parlament ist ihnen bloss ein einziger Sitz reserviert. Und der war seit je von weissen rechten Männern besetzt – mit der kurzen Ausnahme einer konservativen Kandidatin des Militärs.

Dann trat plötzlich Karmen Ramírez auf den Plan. Sie flüchtete 2009 wegen Todesdrohungen in die Schweiz und blieb der Liebe wegen in Bern (siehe Spalte rechts). Ramírez gehört zum indigenen Volk der Wayuu. Sie ist eine mutige Feministin, Umweltschützerin und Kämpferin

«Mit diesem Sieg habe ich nie und nimmer gerechnet!»

AKTIVISTIN KARMEN RAMÍREZ

gegen Unterdrückung und Ausbeutung, dazu Mutter von drei Kindern, Schriftstellerin, Reinigungsarbeiterin und Köchin. Prompt räumte Ramírez bei den Wahlen ab – und der bisherige Amtsinhaber seinen Sessel. Ramírez sagt zu work: «Nie und nimmer» habe sie mit dem Sieg gerechnet. Ihr sei es vor allem um ein Zeichen gegangen: «Ich wollte uns Frauen mehr Sichtbarkeit verschaffen – und zwar in unserer ganzen Diversität.» Das kam an. Denn spätestens seit den massiven Sozialprotesten und Generalstreiks des letzten Jahres weht der neoliberalen Männerelite ein eisiger Wind entgegen.

KAPO BERN ERMITTELT

Gar keine Freude an Ramírez' Kandidatur hatte daher die kolumbianische Ultrarechte. Diese drangalierte die Bernerin sogar mit klassischen Mafia-Methoden.

Es geschah am 21. Oktober 2021 während eines Zoom-Meetings von Schweizer Exil-Kolumbianerinnen: Plötzlich taucht ein Hacker auf dem Bildschirm auf. «Sólo Uribe!» schreit er, also «nur Uribe!». Gemeint ist Álvaro Uribe, der schwerreiche und fanatisch rechte Ex-Präsident Kolumbiens mit nach wie vor besten Verbindungen zu den innersten Regierungszirkeln und Paramilitärs, ausserdem erklärter Gegner des historischen Friedensvertrags mit der einstigen Guerrilla Farc. Dann droht der Hacker mit Gewalt, nennt mehrere Sitzungsteilnehmende beim Namen und sagt ihre Schweizer Wohnorte auf. Das belegt ein Videomitschnitt, der work vorliegt. Besonders Karmen Ramírez hat der Unbekannte im Visier.



ROHSTOFFREICH: In La Guajira, Kolumbien, liegt die grösste Kohlemine Lateinamerikas. ILLU: ADOBE STOCK



FRAU MIT MUT: Karmen Ramírez kämpft für die Rechte der Frauen und Indigenen und musste deshalb aus Kolumbien flüchten. Jetzt wurde sie dort ins Parlament gewählt. FOTO: GETTY

Ihr sagt er: «Hör zu! Du hast Mann und Kinder, also viel zu verlieren!»

Später erhält Ramírez ein SMS mit der Aufforderung, ihre Kandidatur sofort aufzugeben, wenn ihr das Leben lieb sei. Das aber tat sie nicht, sondern erstattete Anzeige bei der Berner Kantonspolizei. «Die Ermittlungen kommen voran», sagt Ramírez, «doch der Täter ist noch auf freiem Fuss.» Und noch während work mit ihr spricht, erreicht sie schon die nächste Hiobsbotschaft.

BRUDER IN GEFAHR

Ihr Bruder Miguel Ramírez meldet sich aus der Region La Guajira, dem nördlichsten Zipfel Kolumbiens, wo der Zuger Bergbaukonzern Glencore die grösste Kohlemine Lateinamerikas betreibt – mit verheerenden Folgen für Natur, Anwohnende und Staatshaushalt. Miguel Ramírez ist einer der prominentesten Gegner des Bergbauprojekts – und hat jetzt böse Nachrichten: Am 6. Juni erhielt er einen Anruf des «Golf Clans», der mächtigsten Verbrecherbande des Landes. Ein Clan-Mitglied eröffnete ihm, dass er ihn bald zum «militärischen Ziel» erklären werde. Es ist bereits die dritte Todesdrohung gegen Carmens Bruder binnen weniger Monate.

Die ersten Drohungen kursierten in Form von Online-Steckbriefen. Für diese zeichneten die «Águilas Negras» verantwortlich, ein rechter paramilitärischer Verband, der hauptsächlich im Kokainhandel tätig ist. Er hat Miguel Ramírez zur Zielscheibe erklärt, weil er für den sozialen Wandel steht. Und von einem Wandel wollen die kriminellen Banden gar nichts wissen.

Denn das Drogengeschäft läuft geschmiert wie noch nie. Laut US-Behörden wird in Kolumbien dreimal mehr Kokain hergestellt als noch vor zehn Jahren. Und auch sogenannte Sicherheitsdienstleistungen für Rohstofffirmen, Agrarkonzerne oder Grossgrundbesitzer spülen bewaffneten Gruppen noch immer reichlich Geld

in die Kassen. Und diese Kreise sind nun zusätzlich nervös, weil ihnen bei den Präsidentschaftswahlen vom 19. Juni eine historische Niederlage droht.

In der Stichwahl tritt nämlich Gustavo Petro (62) von der Linkspartei «Colombia Humana» an. Als Jugendlicher war Petro bei der Stadtguerilla M-19, startete dann eine parlamentarische Karriere und brachte es bis zum Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá. Zusammen mit der afrokolumbianischen Umweltaktivistin Francia Márquez (40) als Vizekandidatin machte er in den Vorwahlen das mit Abstand beste Resultat. Dies mit einem Programm des ökosozialen Umbaus, der Stärkung des Friedensprozesses und der Geschlechtergerechtigkeit. Sein letzter Kontrahent ist nun der parteilose Polterer, Multimillionär und Immo-Tycoon Rodolfo Hernández (77). Ein politisches Programm hat er nicht, dafür einen Tiktok-Kanal.

TIKTOK-OPA SPINNT

Dort verkündete der selbsternannte «Tiktok-Opa» grossmaulig, im Falle seiner Wahl sofort den Ausnahmezustand zu verhängen und «alle Korrupten» ins Gefängnis zu stecken. Solche Aussagen finden im armutsgebeutelten Volk viel Anklang, insbesondere aber bei der rechten Machtelite, die Hernández nach anfänglicher Zurückhaltung voll unterstützt. Schliesslich will sie um jeden Preis verhindern, dass die Republik Kolumbien nach 200 Jahren erstmals von einem Linken regiert wird. Bei Redaktionsschluss (15. Juni) deuten alle Prognosen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen hin. Daher ist auch Karmen Ramírez voll im Wahlkampfmodus – und dies seit Wochen! Bereits hat sie die kolumbianischen Communities von Paris, Panama City, Madrid, Barcelona und Valencia abgeklappert. Und aktuell wirbt sie in New York um die letzten Stimmen für den Parteikollegen Petro. Doch die Bernerin ist überzeugt: «Der 19. Juni wird unser Tag!»

Rohstoffe in Kolumbien Ramírez gegen Glencore

Rund um die kolumbianische Mega-Mine El Cerrejón verdursten Kinder. Der Schweizer Rohstoffmulti Glencore macht trotzdem weiter.

JONAS KOMPOSCH

Es war ein heikles Telefonat, das der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz am 6. April führte. Er hatte Kolumbiens rechten Präsidenten Ivan Duque am Draht. Diesem anerkennend bot sich SPD-Mann Scholz als Steinkohle-Käufer. Und Scholz hatte es eilig. Denn die EU hatte soeben ein Kohle-Embargo gegen Russland beschlossen – eine Massnahme, die dem kohleabhängigen Deutschland besonders ungeliebt kommt. Doch Amtskollege Duque handelte offenbar zügig.

Noch am selben Tag ging bei der indigenen Wayuu-Gemeinschaft in der Region La Guajira (siehe Karte links unten) ein Mail des Umweltministeriums ein: Duque habe soeben grünes Licht gegeben für die Erweiterung von El Cerrejón, der grössten Kohlemine Lateinamerikas. Sie gehört dem Zuger Rohstoffkonzern Glencore und fördert jährlich 32 Millionen Tonnen vom «schwarzen Gold».

Schwermetalle verseuchen Land, Luft und Wasser.

Mässig Feinstaub wird dabei freigesetzt, zudem giftige Schwermetalle, die Land, Luft und Trinkwasserquellen verseuchen. Letztere versiegen zusehends, da der Tagebau Umengen an Wasser schluckt. Bereits sind 5000 indigene Wayuu-Kinder im Umkreis der Mine verdurstet oder verhungert. Tödliche Gefahr droht auch jenen, die dagegen protestieren. Das weiss kaum jemand so gut wie die in Bern lebende Kolumbianerin Karmen Ramírez.

GEHEIMER PROZESS

27 Familienangehörige verlor sie, als das Militär im Jahr 2000 ihr Wayuu-Territorium angriff. Sieben Jahre später schrieb Ramírez ein Buch über den Überfall. Auch die systematische Gewalt von paramilitärischen Truppen in der Region analysiert sie darin. Die Folge: eine Reihe von Morddrohungen. Mit Hilfe eines Uno-Programms flüchtete Ramírez deshalb in die Schweiz. Hier angekommen, konnte sie es kaum fassen, dass Glencore völlig ungestört dahingeschäftet konnte. Also organisierte sie eine Demo in Zug – es war die erste überhaupt gegen den Konzern.

Heute ist Glencore-Kritik in aller Munde. 2020 hat erstmals ein Uno-Sonderberichterstatter das Ende von El Cerrejón gefordert. Und auch das kolumbianische



BIETET GLENCORE DIE STIRN: Karmen Ramírez stammt aus jener Region Kolumbiens, die vom Zuger Multi vergiftet wird. FOTO: KOVI

Verfassungsgericht setzt mittlerweile Grenzen: 2017 erklärte es die Umleitung eines Flusses zwecks Ausbeutung der darunterliegenden Kohleschätze für unzulässig. Doch das liess sich Glencore nicht bieten – und verklagte Kolumbien.

Möglich ist das, weil die Schweiz mit Kolumbien ein sogenanntes Investitionsschutzabkommen abgeschlossen hat. Dieses erlaubt Firmen, ganze Staaten einzuklagen, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen. Verhandelt wird jeweils an einem privaten Schiedsgericht der Weltbank. Rekursmöglichkeiten gibt es dort nicht. Auch ein Anhörungsrecht für Betroffene wie die Wayuu fehlt. Auf Wunsch der Klägerfirma bleibt sogar der ganze Prozess geheim. Auch Glencore verrät nicht, was sie von Kolumbien fordert. Bekannt sind allerdings die Gesamtforderungen, mit denen das Land wegen Investitionsschutzklagen aktuell konfrontiert ist: 19 Milliarden US-Dollar!



WEDER KONTAKT- NOCH WASSERSCHU: Jean-Luc Mélenchon, ganz im Wahlkampfmodus, wadet bei Poitiers durch den Fluss Clain. FOTO: GETTY

Wahlen in Frankreich Linksbündnis macht Macron nervös

Unerwartet hat sich ein Bündnis von vier links-grünen Parteien, die Nupes, zur mächtigen Konkurrentin von Präsident Macron aufgeschwungen. Das macht die französische Rechte nervös.

OLIVER FAHRNI

In Paris ist Wehklagen ausgebrochen: Die «Feinde der Republik» seien im Anmarsch, warnte Präsident Emmanuel Macrons Regierungschefin Elisabeth Borne. Ihr Wirtschaftsminister und der Chef des Unternehmerverbandes prophezeiten nichts weniger als den Zusammenbruch Frankreichs, sollte das neue Linksbündnis Nupes bei den Wahlen gewinnen. Das Kapital fliehe bereits. Aus Angst vor den Nupes-Steinzeitkommunisten, wie einige Kommentatoren in den Medien munkelten. Und ohnehin sei der Aufstieg von Nupes Putins steuernder Hand geschuldet, wusste eine Ministerin Macrons. Die Pariser Eliten sind am Rande eines Nervenzusammenbruchs.

WAS IST BLOSS GESCHEHEN?

Auslöser war ein kleiner Satz von Jean-Luc Mélenchon: «Wählt mich zum Regierungschef!» Das sagte der Linkspolitiker kurz nach der Wiederwahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten am 24. April. In einer funktionierenden Demokratie wäre dies kein Grund zur Aufregung. Wer die Präsidentenwahlen gewinnt, wird Präsident.

Macrons Frankreich ist am Rande eines Nervenzusammenbruchs.

wer die anschließenden Parlamentswahlen gewinnt, stellt den Premier. Eigentlich banal. Nicht aber in der Quasi-Monarchie der 5. französischen Republik, nicht im autoritär-neoliberalen Regime Macrons. Hier waren die vier Worte purer Sprengstoff.

Denn sie gaben den Startschuss zur Bildung einer grossen links-grünen Koalition. Die schwer angeschlagenen Grünen, Sozialdemokraten und Post-Kommunisten sahen in der Allianz mit Mélenchons Union populaire (UP) plötzlich ihre Rettung. Dies, obschon sie sie eben noch verfeuert hatten. Unvermutet formierte sich ein starker «sozialer und ökologischer Block». Mit der Nupes ist der herrschenden Kaste Frankreichs zum ersten Mal seit mehr als fünf Jahrzehnten eine ernsthaftige Opposition erwachsen. Und wie! Im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen waren Nupes und Macronisten bei tiefer Wahlbeteiligung gleichauf. Mit leichten Vorteilen für die Nupes. Der zweite Wahlgang findet

am 19. Juni statt. Die Gründung der Nupes geschah erst vor vier Wochen, und wäre sie eine blosser Kulissenschieberei zwischen Parteistrategen geworden, wäre sie der Rede nicht wert.

Doch Mélenchons UP hinter der Nupes ist längst viel mehr als eine Partei. Sie hat sich in den vergangenen Jahren zu den Gewerkschaften, zur Klimajugend, zu Feministinnen, Bürgerrechtsbewegungen, zu Kultur und Wissenschaften hin geöffnet. Dafür schuf Nupes ein eigenes Parlament mit 500 Personen. Dort sitzt etwa der bekannte Gewerkschafter Karl Ghazi vom Gewerkschaftsbund CGT. Oder die Hotel-Gouvernante Rachel Kéké, die den fast zweijährigen Streik der Ibis-Zimmerfrauen in Paris angeführt hat (work berichtete).

GEFÄHRlich FÜR MACRONISTEN

Und genau das macht die Nupes für Macron so gefährlich: Sie ist das Kondensat von fünf Jahren Widerstand der Gesellschaft gegen die neoliberale Abbaupolitik, die der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis «Macrons Klassenkrieg» nennt.

Sofort legte die Nupes ein radikal pragmatisches 650-Punkte-Programm vor. Es greift alle sozialen und ökologischen Notstände auf. Subversiv ist daran nichts. Aber es bricht mit dem Macronschen Markttradikalismus und will die Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausrichten. 300 namhafte Ökonomen und Ökonomen wie etwa der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty unterstützen es.

KAPITALISMUS GEGEN DEMOKRATIE

Macron fühlte sich bedroht und liess die Wachhunde los. Wie ein Mann giessen die Medien seither Berge von Schlamm über der Nupes aus. Da ist von «Schrumpfhirnen» die Rede, von «Betrügnern», «Islamolinks-extremen» und «gefährlichen Putschisten». Zur Weissglut treibt sie, dass die Nupes Macrons Strategie der «eingeschlifferten Demokratie» unterlaufen hat (siehe Interview rechts). Der Präsident verweigerte jede Debatte und legte kein Programm vor. Rechte US-Think-Tanks hatten diese Strategie als «Post-Politik» entwickelt. Knapp gefasst: Demokratie und Kapitalismus gehen nicht zusammen. Also muss man die Demokratie begrenzen, die Parlamente entmachten. Dazu gehört, Teile der Bevölkerung davon abzuhalten, wählen zu wollen. Indem die Nupes die Parlamentswahl nun aber zu einem Richtungsentscheid für Frankreich machte, öffnete sie das Feld für Debatten, die Macron nicht führen will.

Ob Macrons Rechnung aufgeht, wird sich am 19. Juni weisen.

Frankreich: Gegen Präsident Emmanuel Macron wächst das Linksbündnis Nupes. Vor allem dessen starke Frauen bewegen viel.

«Wir können sofort regieren, wir sind bereit!»

Die linke Politikerin Aurélie Trouvé (42) ist blitzgescheit, mutig und schlagfertig. Sie weiss, wie eine neue Politik in Zeiten der Katastrophe aussehen muss. work sprach mit der Powerfrau.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Mein Anruf erreicht sie auf dem Velo: Aurélie Trouvé ist wie immer auf Achse. Sie eilt an eine Wahlveranstaltung des neuen französischen Linksbündnisses Nupes (Neue ökologische und soziale Volksunion). Die Nupes will in diesen Tagen mit einer Parlamentsmehrheit die Allein herrschaft des neoliberalen Präsidenten Emmanuel Macron brechen.

Trouvé gehört zu den vielen starken Frauen, die dafür sorgten, dass aus der Linkspartei «Union populaire» (UP) um den früheren sozialistischen Minister Jean-Luc Mélenchon eine breit abgestützte Bewegung wurde, die nicht nur die linken Parteien und die Grünen versammelt, sondern auch Dutzende von sozialen Bewegungen und Persönlichkeiten.

Es war Trouvés Idee, dieser bunten Allianz ein internes Parlament zu geben als Gegengewicht zu den alten Politikern. Sie leitete es. Jetzt ist Macron panisch: Vor dem zweiten Wahlgang zum Parlament am 19. Juni liegt die Nupes Kopf an Kopf mit den Macronisten (siehe Artikel links). In Trouvés Wahlkreis in den armen Pariser Vororten hat die Kapitalismuskritikerin, Feministin und Radikaldemokratin Trouvé mit 53,3 Prozent der Stimmen stark vorgelegt.

work: Aurélie Trouvé, sind Sie gefährlich? Aurélie Trouvé: (lacht) Das kommt darauf an, wen Sie fragen. Präsident Macron und seine Neoliberalen, die Krisengewinnler und die umweltzerstörerischen Konzerne bekommen mit der Nupes tatsächlich ein Problem.

Wir fragen, weil der Präsident, seine Minister und die Medien heute in schrillen Tönen den Untergang Frankreichs und Europas beschwören, sollte Ihre Nupes eine Mehrheit gewinnen.

Die Rechte ist in Panik, und sie macht auf Panik. Ich nehme das als gutes Zeichen. Denn Macron wollte diese Wahl unter den Teppich kehren. Er und seine Leute verweigern jede öffentliche Debatte, und sie haben kein Programm vorgestellt. Dieser Demokratiestreik ist kalkuliert. Wer mag schon freiwillig die Klimakatastrophe und ein höheres Rentenalter wählen? Wer mag

Nupes will die Preiserhöhungen blockieren, den Mindestlohn auf 1500 Euro erhöhen, viele Milliarden in den ökologischen Umbau investieren,



RADIKALDEMOKRATISCH UNTERWEGS: Sei es die G-7-Konferenz, ein Pflegerinnenstreik oder Wahlkampf auf der Strasse, Aurélie Trouvé ist unermüdlich unterwegs. FOTOS: ALAMY, KEYSTONE, GETTY

schon für die Demontage der öffentlichen Schulen und der Spitäler stimmen? Wer möchte Abstriche an den Sozialleistungen hinnehmen, wenn Macron den Aktionärinnen und Aktionären gleichzeitig 120 Milliarden aus unseren Steuergeldern schenkt? Die Mehrheit kann das nicht wollen.

Sie sagen: Macron wolle eine Mehrheit durch die Einschläferung der Demokratie gewinnen?

Genau! Die Neoliberalen fürchten die Demokratie. Sie versuchen, die Mehrheit davon abzuhalten, wählen zu gehen. Damit halten sie sich noch an der Macht. Wenn ich dieser Tage in den Wohnblocks von Tür zu Tür gehe, muss ich oft erst erklären, dass gerade Parlamentswahlen stattfinden. Die Stimmenthaltung wird ein entscheidender Faktor sein. Doch täglich wird auch deutlicher: Durch die Gründung unseres Bündnisses Nupes haben wir Macrons Strategie durchkreuzt. Unser Ziel ist die Belebung der Demokratie, im Parlament, aber auch ausserhalb.

Diente dazu Ihr ungewöhnlich detailliertes 650-Punkte-Programm?

Wir sagen präzise, wohin wir wollen und wie das geschehen soll. Das hat Macron überrascht. Darum verbreitet er jetzt, in den letzten Wahlkampftagen, Angst und Panik. Die Menschen sollen sich vor der «roten Gefahr» fürchten. Also vor uns. Doch auf Plätzen und Märkten und überall, wo wir unsere Vorschläge mit den Menschen diskutieren, erfahren wir viel Zuspruch.

Was hören Sie da?

Meist sehr konkrete Dinge. Die steigenden Preise. Das schwierige Monatsende, das nun oft schon am Fünfzehnten des Monats eintritt. Wir hören auch von Ratten in Schulzimmern ohne Heizung. Dass Sozialhilfe gestrichen wird. Von der Hetze im Job. Vom Wegfall einer Buslinie. Von Drogenproblemen. Polizeiübergriffen. Wohnungsnot. Zu teurer Gesundheitsversorgung. Von fehlenden Perspektiven und Jobs für die Jungen. Der Schliessung einer Notfallklinik. Ich lebe im «93», wie das ärmste Département Frankreichs in der Banlieue von Paris auch genannt wird. Hier nimmt man uns in die Pflicht, die Dinge zu ändern. Die Menschen wollen mitreden. Höchste Zeit, sagen sie, dass Macron eine starke Opposition bekommt.

Nupes will die Preiserhöhungen blockieren, den Mindestlohn auf 1500 Euro erhöhen, viele Milliarden in den ökologischen Umbau investieren,

in Spitäler und Bildung und einiges mehr. Doch Macrons Think-Tank Terra Nova wirft Ihnen vor, Ihr Programm sei nicht seriös.

Ein alter Trick. Wir haben Terra Nova gesagt: Kein Problem, diskutieren wir öffentlich Punkt um Punkt, genau beziffert, transparent. Doch die haben sich entzogen. Warum wohl? Unser Programm wurde von mehreren Dutzend Ökonomen und Ökonomen entworfen. Darunter waren auch Leute aus dem Finanzministerium und von der Zentralbank.

Was war dabei Ihre persönliche Rolle?

Ich habe die Arbeiten koordiniert. Wir haben konservativ gerechnet, mit den offiziellen Zahlen. Das Ergebnis haben wir vor Wochen veröffentlicht und seither mit der Fachwelt diskutiert. Welche andere Partei

Ohne Massenbewegungen gibt es keine Veränderungen in der Gesellschaft.

hat dies getan? Unterm Strich ergeben sich auf fünf Jahre Investitionen von 250 Milliarden Euro und Mehreinnahmen von 267 Milliarden. Unser Plan rechnet sich. Und am 9. Juni kam der Hammerschlag: Mehr als 300 namhafte Ökonomen, darunter Köpfe wie der renommierte Ungleichheitsforscher Thomas Piketty, haben unser Programm öffentlich unterstützt. Diese «Versammlung ökonomischer Kompetenz» wird die Nupes weiter kritisch begleiten. Wir sind bereit.

Bereit, morgen zu regieren?

Wir haben fünf Jahre hart gearbeitet, jetzt kann es losgehen! Die ersten Erlasse und Gesetzesentwürfe sind geschrieben.

Dafür müsste Nupes erst einmal stärkste Kraft im Parlament werden. Halten Sie das beim aktuellen Wahlsystem für realistisch?

Das wird sich am Abend des 19. Juni weisen. Noch vor zwei Monaten hat es kein Mensch für möglich gehalten, dass sich die UP um Jean-Luc Mélenchon mit anderen linken Parteien und den Grünen zu dieser mächtigen Allianz verbünden könnte.

Eben noch schossen Sozialdemokraten und Grüne auf Mélenchon. Und jetzt folgen sie ihm. Können Sie das Rätsel dieser Versöhnung entschlüsseln?

Ein solches Bündnis gab es seit 90 Jahren nicht mehr. Warum heute? Sagen wir es so: Wir haben kollektiv verstanden, dass wir im Angesicht einer angekündigten Katastrophe handeln. Die Menschheit steht an einer Weggabelung. Rechts fahren uns die Neoliberalen ökologisch und sozial mit Caracho an die Wand. Das wissen und spüren alle. Der neoliberale Kapitalismus produziert keine Lösungen, sondern nur Krisen und Hoffnungslosigkeit. Also ziehen wir es vor, in die andere Richtung abzubiegen. Zum Beispiel wollen wir die Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschen ausrichten statt auf maximalen Ertrag für das Kapital. Wir wollen auch sofort radikale, aber pragmatische Schritte für eine ökologische Planung einleiten.

Sie sind eine profilierte Kapitalismuskritikerin. SP-Chef Olivier Faure weniger. Und der Grünen-Chef Julien Bayou glaubt...

...pardon, aber für solche Diskussionen ist einfach keine Zeit mehr. Der soziale, ökologische und demokratische Notstand hat sich derart verschärft, dass wir nicht mehr warten können. Darin sind wir uns einig. Haben Sie die erleichterten Gesichter von

Faure, Bayou und all den anderen am Gründungsmeeting der Nupes beobachtet? Endlich wird wieder Politik gemacht. Endlich gehen wir die Dinge von der Wurzel her an, also radikal. Manche Dinge wie ein Preistop sind mit einem Federstrich getan. Grosse Dinge wie die ökologische Planung müssen sorgfältig und demokratisch in der Gesellschaft ausgehandelt werden. Zum Beispiel in gemischten Bürgerkonventen: ½ aus der Politik, ½ aus den sozialen Bewegungen. ½ durchs Los bestimmt.

Zerfällt das Linksbündnis Nupes nach einer möglichen Wahlniederlage wieder?

Nupes ist mehr als eine Wahlkoalition, sie ist ein programmatisches Bündnis. In etwa 30 von 650 Programmpunkten streiten wir uns. Das machen wir im Nupes-Parlament aus. Seine Aufgabe ist es, eine kollektive Dynamik, eine politische Erzählung und eine neue politische Gesprächskultur zu erfinden. Bald werden ihm 500 Persönlichkeiten angehören, 250 aus der Politik, 250 aus der Zivilgesellschaft. Heute sind schon Gewerkschafter dabei, Bäuerinnen, Ökonomen, Philosophinnen, Vertreter und Vertreterinnen diverser sozialer Bewegungen, Wissenschaftlerinnen, Filmemacher usw.

Als Präsidentin des Nupes-Parlaments kommen Sie aus 20 Jahren Engagement in sozialen Bewegungen. Ist Ihnen die Rolle als Politikerin nicht suspekt?

Nein, denn diese Sphären gehören zusammen. Ohne Massenbewegungen gibt es keine gesellschaftlichen Veränderungen. Dort habe ich gelernt, dass Widerstand nicht genügt und aufopfernde Militanz ein Irrweg ist. Wir müssen immer schon ein kleines Stück neue Welt schaffen. Diese Bewegungen haben einige Erfolge erzielt, zum Beispiel die Gelbwesten oder die Frauenbewegungen. Die demokratische Verständigung und die Umsetzung brauchen aber ebenso politische Organisationen. Wir denken gerade das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Parteien neu. Die Bewegungen müssen politischer werden, die Linke muss sich in Bewegung setzen. Das Nupes-Parlament ist der gemeinsame Raum. Hier sollen die Bewegungen auch sagen können: Stop, da baut ihr gerade Mist.

Die Geschichte hat gerade die Gewerkschaften gelehrt, auf ihrer politischen Unabhängigkeit zu beharren. Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen sind stark, wenn sie autonom agieren. Autonom, doch verbündet – denn gemeinsam sind sie mehr als die Summe ihrer Teile.

Aurélie Trouvé: Athletin und Ingenieurin

2021 hat Aurélie Trouvé, 42, Agraringenieurin und Ökonomiedozentin, ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit, Ökologie und Frauenrechte in einem Buch erzählt («Le bloc arc-en-ciel»). Über zwei Jahrzehnte hat die frühere Spitzenathletin (Mittelstrecke) und Mutter zweier Kinder kaum einen Kampf ausgelassen. Unter anderem war sie lange Präsidentin der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac.

BLACK PANTHER. Daraus hat sie eine «radikale und inklusive» politische Strategie für die Linke gezogen («das 21. Jahrhundert beginnt jetzt»). Den Titel hat sie dem Black Panther Fred Hampton abgeschaut, der 1969 in Chicago die Rainbow Coalition gegründet hatte. Heute liest sich Trouvés Buch wie eine Anleitung dafür, was in den vergangenen Wochen in Frankreich geschehen ist. (olf)



AURÉLIE TROUVÉ: «Die Neoliberalen fürchten die Demokratie. Sie versuchen, die Mehrheit davon abzuhalten, wählen zu gehen. Damit halten sie sich noch an der Macht.» FOTO: ALAMY



Das Leben ist schön,
solange nichts passiert.

suva.ch/regeln

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Zehntausende Frauen gingen am 14. Juni in der ganzen Schweiz auf die Strasse «Hände weg von unseren Renten!»



Bern

Schneckentempo bei der Gleichstellung und eine Rentenreform auf Kosten der Frauen: Zehntausende Frauen sagten dazu: «Nein! Non! No!»

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Von Lausanne bis Frauenfeld, vom Vallée de Joux bis Luzern, von Neuenburg bis Lugano: In der ganzen Schweiz erschallt am 14. Juni der lila Ruf! Es ist feministischer Streiktag, Zehntausende Frauen sind auf der Strasse, laut, lustig und vor allem hässig. Kein Wunder: Vor 50 Jahren erhielten sie das Stimmrecht, 100 Jahre mussten sie darum kämpfen. Trotzdem geht es mit der Gleichstellung in der Schweiz noch immer im Schnecken-tempo voran. Wenn überhaupt. Und bei Rente und Abtreibung droht sogar ein Rückschritt.

Deshalb zeigen in Lausanne die Frauen dreckige Wäsche, um auf die Ungleichheiten hinzuweisen, die sie erfahren. In Solothurn organisieren sie ein feministisches Picknick im Grünen. In Zürich ziehen

Die Frauen sind laut, lustig und vor allem hässig.

Tausende Frauen durch die Strassen. Auf den Plakaten steht: «Geld für Elternzeit statt für die Armee» oder zum revidierten Sexualstrafrecht: «Ja heisst Ja». Im Vallée de Joux gibt's für die Uhrnarrbeiterinnen ein feministisches Mittagessen.

In Bern rauchen die Köpfe beim kniffligen AHV-Quiz. Wie hoch ist die Durchschnittsrente der Frauen pro Monat? Wie hoch jene der Männer? Wer übernimmt wie viel unbezahlte Arbeit pro Woche? Und wie viele Frauen arbeiten Teilzeit? 30 Prozent, 68 Prozent, 57 Prozent? Wer's weiss, bekommt ein Sugas. Und eine violette «AHV 21 Nein!»-Fahne gegen den geplanten Rentenklau an den Frauen. Denn Frauen verdienen noch immer rund 20 Prozent weniger als Männer. Weil sie Teilzeit arbeiten. Oder weil sie in Care-Berufen arbeiten, in unterbezahlten Jobs im Verkauf, in der Reinigung oder in der Logistik. Das wirkt sich natürlich auf niedrigere Renten aus. Und jetzt sollen die Frauen auch noch ein Jahr länger arbeiten? Nein! Deshalb fordern die Gewerkschaften: «Höhere Löhne statt höheres Rentenalter!»

GROSSER STREIK 2023

Endlich Schluss mit Lohndiskriminierung, Sexismus und Gewalt gegen Frauen und endlich: eine klare Aufwertung der unbezahlten Care-Arbeit! Das fordern die Frauen in der ganzen Schweiz laut und deutlich: «Wir waren da, wir sind da und wir werden da sein – wir können nicht ignoriert werden! Ändern wir endlich dieses unhaltbare patriarchale und kapitalistische System!» (Streikkollektiv Bern). Ja, wir Frauen werden da sein, auch nächstes Jahr wieder. Und wie! 2023 soll wieder ein richtig grosser Streik steigen. So wie 2019, als mit dem zweiten historischen Frauenstreik eine lila Welle die Schweiz erfasste. work freut sich schon jetzt!



Zürich



Bern



Frauenfeld



Zürich



Bern



Vallée de Joux



Zürich



Zürich



Zürich



Solothurn

Bern

FOTOS: PAISSA DURANDI / DANIELLE LUNGER / WORK / UNIA FACEBOOK



Das offene Ohr

David Aeby von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Jobwechsel: Das müssen Sie beachten, wenn Sie Ihren Job kündigen

So gelingt Ihnen der schlanke Abgang

Eine Stelle zu kündigen ist Ihr gutes Recht. Beachten Sie dabei aber die vertraglichen Fristen und die formalen Regeln. Und bedenken Sie die Risiken, wenn Sie kündigen, ohne einen neuen Arbeitsvertrag in der Tasche zu haben.

MARTIN JAKOB

Sie möchten sich beruflich verändern. Sie haben ein tolles Angebot von einer anderen Firma erhalten. Oder Sie haben einen Job an Ihrem neuen Wohnort gefunden und wollen in Zukunft aufs stundenlange Pendeln verzichten. Solche Vorgänge sind Alltag in der Arbeitswelt: Jedes Jahr wechseln über zehn Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz die Stelle. Stellenwechsel heisst: neuen Vertrag unterschreiben, bisherige Stelle kündigen. Und natürlich gilt es auch bei der Kündigung, ein paar Regeln einzuhalten.

KÜNDIGUNGSFRIST

Kündigungsfristen sind einerseits vorteilhaft: Sie schützen Sie davor, von einem Tag auf den anderen auf der Strasse zu stehen, wenn die Firma Sie loswerden will. Die gleichen Fristen schützen aber auch die Firma: Falls Sie Ihren Job aufgeben wollen, kann sie doch noch eine Weile auf Ihren Einsatz zählen und hat etwas Zeit, Ihre Nachfolge zu regeln. Die Kündigungsfristen gelten nämlich für beide Seiten. Nach Obligationenrecht betragen sie in der Probezeit 7 Kalendertage, im ersten Dienstjahr 1 Monat, im zweiten bis neunten Jahr 2 Monate und ab dem zehnten Dienstjahr 3 Monate. Das sind

Geht die Kündigung von Ihnen aus, haben Sie genau gleich das Recht auf ein Arbeitszeugnis.

Mindestfristen, vielleicht gelten in Ihrem GAV (gav-service.ch) oder in Ihrem Arbeitsvertrag auch längere Fristen.

Die Kündigung eines unbefristeten Vertrags gilt jeweils aufs Monatsende. Zum Beispiel: Bei einer dreimonatigen Frist müssen Sie Ihre Kündigung per 31. Oktober im Monat Juli einreichen. Auf

jeden Fall so, dass sie spätestens am 31. Juli bei der Firma ankommt.

Eine fristlose Kündigung ist dann möglich, wenn Ihnen die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann, etwa wegen sexueller Belästigung oder wenn die Firma trotz wiederholter Mahnung den Lohn nicht bezahlt. Lassen Sie sich vor diesem Schritt aber von der Unia Ihrer Region beraten.

VORZUGSWEISE SCHRIFTLICH

Falls im Arbeitsvertrag nichts anderes steht, kann die Kündigung auch mündlich erfolgen. Aus Beweisgründen ist es aber so oder so besser, Sie kündigen schriftlich per Einschreiben oder Sie überreichen das Schreiben persönlich und lassen sich den Erhalt auf einer Kopie bestätigen. Einen Kündigungsgrund müssen Sie nicht nennen, die Firma kann sich aber danach erkundigen. Wenn Sie die Firma im Frieden verlassen, besteht ja meist auch kein Grund, aus Ihren Motiven ein Geheimnis zu machen. Übrigens: Selbstverständlich haben Sie auch dann ein Arbeitszeugnis zugute, wenn Sie selber kündigen.

KEINE SPERRFRISTEN

Geht die Kündigung von der Firma aus, muss sie zum Schutze der Arbeitnehmenden verschiedene Sperrfristen beachten, zum Beispiel bei Krankheit und Unfall, bei Schwangerschaft und Mutterschaft oder bei Militär- oder Zivildienst. Sie selber sind an solche Sperrfristen aber nicht gebunden. Haben Sie beispielsweise Ende Juli auf den 31. Oktober gekündigt und wollen am 1. November bereits die neue Stelle antreten, könnten Sie die Firma auch dann Ende Oktober verlassen, wenn Sie den ganzen Monat September über krank geschrieben wären. Hätte die Firma auf den gleichen Zeitpunkt gekündigt, würde Ihr Arbeitsver-



JOBWECHSEL: Bereiten Sie Ihren Absprung gut vor. FOTO: GETTY

WORKTIPP

FREIGESTELLT – MIT VOLLEM LOHN

Kündigen Sie Ihre Stelle, darf die Firma Sie zwar mit sofortiger Wirkung freistellen, Ihnen also die weitere Mitarbeit verbieten. Sie schuldet Ihnen aber bis zum Ende der Kündigungsfrist den vollen Lohn einschliesslich aller normalerweise anfallenden Zulagen. Überstundenguthaben dürfen nur angerechnet werden, wenn Sie das erlauben oder wenn im Arbeitsvertrag steht, dass Überstunden durch Freizeit kompensiert werden. Und: Ist Ihr Ferienguthaben geringer als die Zeit der Freistellung, gelten die Ferien mit der Freistellung als bezogen.

trag noch bis am 30. November gelten.

VORZEITIGER ABGANG

Drängt die neue Firma darauf, dass Sie möglichst morgen schon bei ihr eintreten? Falls Sie vor dem Ablauf der Kündigungsfrist ausscheiden wollen, sind Sie auf das Einverständnis der bisherigen Firma angewiesen. Haben Sie noch

erhebliche Ferienguthaben und wollen Sie diese nutzen, um an der neuen Stelle früher zu starten, liegt das in Ihrem Ermessen, sofern Sie im neuen Job nicht eine Tätigkeit ausüben, die Ihrer früheren Firma schaden könnte (Konkurrenzierung). Einfach vorzeitig zu verduften ist übrigens keine gute Lösung. Beenden Sie das Arbeitsverhältnis einseitig und willkürlich, schulden Sie der Firma einen Viertel des Monatslohns. Und weist die Firma nach, dass ihr durch Ihr Fernbleiben ein materieller Schaden entstanden ist, kann sie diesen einklagen.

OHNE NEUE STELLE

Ist Ihre Arbeit streng und mühsam, sind die Kollegen abweisend

und die Vorgesetzten chaotisch, fordernd und unfähig, auch mal ein Lob auszusprechen? Vieles spricht dafür, trotz Ihrem Frust nicht einfach den Bettel hinzuzuerfen, sondern zügig auf Stellensuche zu gehen und erst zu kündigen, wenn Sie einen neuen Job haben. Denn: Falls Sie das Arbeitsverhältnis von sich aus aufgelöst haben und deshalb vorübergehend ohne Stelle sind, brummt Ihnen die Arbeitslosenversicherung einstelltage auf – je nach Einstufung Ihres Eigenverschuldens bis zu 60 Tage, für die Sie keine Arbeitslosenentschädigung erhalten.

Ersparn bleibt Ihnen dies nur, wenn Sie beweisen können, dass Ihr Verbleib in der gekündigten Stelle unzumutbar gewesen wäre.

Dafür müssen Sie aber Belege vorweisen – zum Beispiel ein Arztzeugnis, wenn Sie gesundheitliche Gründe geltend machen. Ein angespanntes Arbeitsverhältnis oder ein nach Ihrer Meinung zu tiefer Lohn (der aber im Rahmen des GAV oder üblicher Normen liegt) schützt Sie nicht vor Einstelltagen, ebenso wenig wie häufige Überstunden, solange diese die gesetzlichen Höchstarbeitszeiten nicht überschreiten (45 bis 50 Stunden pro Woche, je nach Branche). Was Sie bei einer Kündigung ohne Anschlusslösung auch bedenken müssen: Eine länger dauernde Arbeitslosigkeit hinterlässt in Ihrem Lebenslauf eine Spur, die Sie bei künftigen Bewerbungen jeweils erklären müssen.

BEFRISTET ODER TEMPORÄR SPEZIALFÄLLE

Fristen und Kündigungsregeln sind bei befristeten Arbeitsverträgen und in Temporärverhältnissen etwas anders als bei den unbefristeten Verträgen.

BEFRISTETER ARBEITSVERTRAG.

Im befristeten Arbeitsvertrag stehen Beginn und Ende fest. Läuft der Vertrag aus, müssen Sie also gar nicht kündigen. Dafür kann er nicht vorzeitig gekündigt werden. Natürlich gibt's Ausnahmen. So können Sie während einer allfälligen Probezeit (maximal drei Monate) mit einer Frist von sieben Tagen kündigen. Wie bei den unbefristeten Verträgen ist eine fristlose Kündigung möglich, wenn Ihnen die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann (siehe Haupttext).

TEMPORÄRARBEIT.

Haben Sie einen Vertrag mit einer Temporäragentur, gilt der allgemeinerbindliche GAV Personalverleih. Er legt fest, dass das Arbeitsverhältnis in der dreimonatigen Probezeit mit einer Frist von zwei Arbeitstagen kündbar ist. Sind Sie in Temporärarbeit längere Zeit für die gleiche Firma tätig, ist dieses Arbeitsverhältnis in den ersten drei Monaten mit zwei Tagen Frist kündbar, vom vierten bis sechsten Monat mit sieben Tagen und danach mit einem Monat Frist.

WENN DIE FIRMA KÜNDIGT.

Geht die Kündigung nicht von Ihnen aus, sondern von der Firma, ist es wichtig, dass Sie Ihre Rechte kennen und Bescheid wissen über Sperrfristen und missbräuchliche Kündigungen. Lesen Sie dazu den Beitrag im work (rebrand.ly/kuendwork) und die Informationen auf der Unia-Website (rebrand.ly/kuendinfo). (JK)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Suchen leicht gemacht: So finden Sie Ihre Dateien

Bei den meisten Windows-Computern findet man am unteren linken Bildschirmrand ein kleines weisses Fenster mit einer Lupe. Wenn Sie dort den Namen einer Datei eingeben, sucht der Computer danach. Das Problem: Ohne eigene Einstellungen durchstöbert der Computer nur wenige Ordner – etwa den «Schreibtisch» oder die «Dokumente».

Windows sortiert Suchresultate automatisch – aber nicht immer logisch.

Soll die Datei auf dem gesamten Computer gesucht werden, müssen Sie unten links auf das Windows-Symbol, dann auf «Einstellungen» und «Suche» klicken. Nun in der linken Spalte «Windows durchsuchen» anwählen und unter dem Titel «Meine Dateien finden» die Suchfunktion auf «Erweitert» stellen. Jetzt wird auf dem ganzen Computer gesucht.

PRÄZISE SUCHBEGRIFFE WÄHLEN.

Die Windows-Suche findet bei gewissen Dokumenten auch Begriffe innerhalb einer Datei. Das funktioniert etwa bei Word- oder Excel-Dateien. Zudem findet sie auch Programme und Systemeinstellungen. Das heisst: Statt mühsam durch einen Wust von Fenstern zu klicken, können Sie in der Suche einfach «Update» eingeben und sind mit einem Klick beim Windows-Update. Mühsam: Windows-Computer sortieren die Suchresultate automatisch und nicht immer logisch. Es lohnt sich also, am oberen Fensterrand nach dem gewünschten Dateityp wie beispielsweise Dokumente oder Fotos zu sortieren. Und: E-Mails, Termine oder Adressen findet die Windows-Suche nicht. Dafür müssen Sie direkt in den Mail-Programmen wie Thunderbird oder Outlook suchen.

Bei vielen Suchergebnissen lohnt es sich, die Suche einzugrenzen. Verwenden Sie mehrere Suchbegriffe. Je genauer diese sind, desto besser ist das Suchergebnis. CHRISTIAN BIRMELE



SUCH, COMPI, SUCH. Ihr Windows-Rechner gehorcht vielleicht zuverlässiger als Ihr Hund. Aber die Resultate befriedigen nur, wenn Ihre Anweisungen genau sind!

FOTO: ADDBE/STOCK

Zweimal schwer krank: Wie viel Taggeld habe ich zugute?

Ich arbeite seit 10 Jahren im gleichen Betrieb. Vor fünf Jahren war ich wegen einer schweren Depression über ein Jahr lang (400 Tage) krank geschrieben und habe von der Krankentaggeldversicherung des Arbeitgebers Krankentaggelder erhalten. Jetzt bin ich wegen einer Krebserkrankung wiederum seit fast einem Jahr krank geschrieben. Nun hat mir die Versicherung geschrieben, sie stelle die Taggelder Ende Monat ein, da mir für die Krebserkrankung nur 320 Tage zugute stünden. Denn ich hätte bereits 400 Tage wegen der Depression vor fünf Jahren aufgebraucht. Darf die Kasse das?

DAVID AEBY: Diese Frage kann ich nicht pauschal mit Ja oder Nein beantworten. Gemäss Rechtsprechung muss die Krankentaggeldversicherung maximal 720 Taggelder (entspricht 2 Jahren) leisten. Nicht von der Rechtsprechung vorgeschrieben ist jedoch, ob die 720 Taggelder für jeden Krankheitsfall oder nur einmal pro Person zu zählen sind. Ist in Ihrer Branche ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) anwendbar? Falls ja, schauen Sie nach, ob die Frage dort geregelt ist. Falls kein GAV anwendbar ist, schauen Sie, ob in Ihrem Arbeitsvertrag etwas dazu steht, und bestellen Sie die allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) bei der Versicherung. Häufig ist dort geregelt, dass die 720 Tage pro Krankheitsfall gelten, solange man zwischen zwei Krankheiten eine Zeitlang gesund war. Ist dies der Fall, hätten Sie ab Beginn Ihrer Arbeitsunfähigkeit wegen der Krebserkrankung wiederum ein Guthaben von 720 Tagen.



DER PREIS IST HEISS: Mit dem Kauf eines parallel importierten Autos lassen sich oft mehrere Tausend Franken sparen. FOTO: ISTOCK

«Direkt ab Lager – günstig!» Darf Tiefere Preise für

Das neue Auto kommt beim Parallelimporteur oft billiger. Warum? Und ist das seriös?

MARTIN JAKOB

Martin Haefner (Amag/Volkswagen) verfügt gemäss Reichstenliste der «Bilanz» über 4 bis 4,5 Milliarden Franken Vermögen. Walter Frey (Emil Frey Gruppe/Toyota u.a.) über 3,5 bis 4 Milliarden. Beide fischen im gleichen Teich: Sie sind Generalimporteure von Automobilen. Als solche legen sie mit den Herstellern die Verkaufspreise fest. Gern etwas höher als in anderen Ländern. «Kaufkraftabschöpfung» sagt man dem.

MINUS 20 PROZENT. Die Garagenbetriebe ihrerseits sind entweder Markenhändler – dann

beziehen sie die Fahrzeuge vom Generalimporteur und bezahlen seine Preise – oder sie sind markenungebunden und beschaffen die Autos dort, wo sie sie billiger bekommen. Also im Ausland. Der Beobachter hat kürzlich eine Marktrecherche durchgeführt und erstaunliche Preisunterschiede gefunden. Zum Beispiel beim Mittelklassewagen Škoda Octavia: In der Preisliste steht das Auto mit 45'770 Franken brutto, der günstigste Škoda-Händler offerierte ihn für 41'590 Franken, der günstigste Parallelimporteur für 33'989 Franken. 20 Prozent billiger als der Škoda-Händler.

LEGAL. Parallelimporte sind legal. Im Prinzip können Sie den Import selbst organisieren.

man den Auto-Parallelimporteuren vertrauen? Neuwagen – ganz legal

Aber das ist für Laien aufwendig und nicht ohne Risiko. Zum einen, weil in der Regel vorauszubezahlen ist. Zum andern wegen der administrativen Aufwände wie Verzollen, Versteuern und Vorführen. Einfacher ist der Einkauf über professionelle Firmen, welche die Fahrzeugsuche, den Import und die Zulassung für Sie besorgen. Obwohl viele Parallelimporteure Autos ab Lager verkaufen, können Sie einen Neuwagen auch nach eigenen Wünschen konfigurieren – müssen dann aber Lieferfristen in Kauf nehmen.

Und wie steht's mit Garantie, Service und Reparaturen? Bei allen Autoimporten aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EU/EFTA) müssen Ihnen die Hersteller eine zweijährige Garantie bieten, gleichgültig,

über welchen Weg Sie das Fahrzeug erworben haben. Oft sind aber Leistungen wie ein Gratis-service beim parallel importierten Fahrzeug nicht inbegriffen. Diese Mehrkosten müssen Sie gegen den Preisvorteil beim Kauf aufrechnen. Allerdings: Bei den meisten Gratiservice-

Vergleichen Sie nicht nur Preise, sondern auch Ausstattungen.

Paketen ist zwar die Arbeit kostenlos, für die teuren Öle und für den Ersatz von Verschleiss-teilen müssen Sie aber so oder so selbst aufkommen.

TIPPS. Wenn Sie den Kauf eines direktimportierten Autos ins Auge fassen, gelingt Ihnen viel-

leicht ein schönes Schnäppchen. Sie sollten aber einige Punkte beachten: ● Bevorzugen Sie Händler, die Mitglied des Verbands Freier Autohandel Schweiz (VFAS) sind. Diese müssen sich an Richtlinien für eine seriöse Geschäftsabwicklung halten. ● Vergleichen Sie nicht nur die Offertpreise verschiedener Angebote, sondern auch den Ausstattungsumfang genau. ● Falls Sie Garantie-Erweiterungen offeriert erhalten, prüfen Sie ihren Nutzen und ihre Preiswürdigkeit sorgfältig. ● Bei gängigen Fahrzeugmodellen sollte keine Anzahlung verlangt werden. ● Achten Sie auf vollständige Papiere. Der Kaufvertrag muss Herkunft und Spezifikation des Fahrzeugs exakt beschreiben.

WETTBEWERBSRECHT MEHR BISS

2002 hat die Wettbewerbskommission Regeln aufgestellt, um die Garagen und ihre Kundinnen und Kunden vor kartellistischen Schikanen der Autohersteller und Generalimporteure zu schützen. Doch diese «KFZ-Bekanntmachung» hat die Erwartungen nicht erfüllt. Deshalb wird sie in eine gerichtverbindliche Verordnung übergeführt. Das hat das Bundesparlament diesen März entschieden. Unia und Syna haben die entsprechende Motion unterstützt. Sie wird vermutlich 2023 in Kraft treten.

Welche Batterie soll es sein? Strom aus der Zelle

Batterien braucht es im Haushalt immer noch. Wie Sie dabei Portemonnaie und Umwelt schonen.

Fernsteuerung, Funkwecker, Taschenlampe, Fotoblitz, Gameboy: überall sind Batterien drin. Die kosten gutes Geld. Und wie steht's eigentlich um die Umweltbelastung?

BILLIG LOHNT SICH. Teure Batterien sind nicht so viel besser, wie sie mehr kosten, als die preisgünstigen. Zu diesem Schluss kommen verschiedene Tests – unter anderem der Stiftung Warentest und des «K-Tipps». Für viele Einsatzzwecke sind die günstigeren Alkali-Batterien ausreichend, etwa für Spielzeug oder Radios. Nur für Geräte, die grössere Energiemengen benötigen – etwa Fotoblitz –, und für den Betrieb in

der Kälte sind die teureren Lithium-Batterien empfehlenswerter. Achten Sie beim Kauf auf das Herstellungsdatum: Einwegbatterien entladen sich pro Jahr um 5 bis 10 Prozent.

WIEDERAUFLADBAR. Einwegbatterien benötigen in der Herstellung ein Mehrfaches der Energie, die sie im Gebrauch abgeben. Besser schneiden wiederaufladbare Batterien ab. Da sie bis zu 1000 Ladevorgänge aushalten, verteilt sich die Produktionsenergie über eine viel längere Nutzungsdauer und kommen sie trotz anfänglich höherem Kaufpreis günstiger.

ENTSORGEN. Ob Einweg- oder aufladbare Batterie: in die Batteriesammlung damit, nicht in den Müll! Im Recycling werden die Metalle zurückgewonnen. (JK)

workrätsel

Gewinnen Sie ein Apple iPad!



Ob Arbeit, Spielen oder Lernen: mit dem von WAGNER AG offerierten Apple iPad

(10,2", WiFi, 64 GB) im Wert von 359 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.

WAGNER
IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 10
Das Lösungswort lautet: FREIHEIT

	A		A		W		O		O									
B	U	E	N	D	N	I	S		I	N	I	T	I	A	T	I	V	E
S	O	L	A	R	N	A	R	O	M	A	B	A	L	P				
G	R	A	E	B	E	N	P	K	N	E	T	E	A	A				
K	E	R	N	B	W	E	N	I	G	I	K	R	A	N				
L	G	E	H	E	N	E	S	C	H	Ü	T	Z						
P	E	T	E	R	D	B	L	O	C	H	G	U	R					
A	A	S	L	G	E	T	U	E	H	P	E	T	R	I				
S	T	E	N	O	R	T	F	A	N	A	L	S						
T	O	R	E	M	S	T	R	E	U	V	I	O	S					
E	U	R	E	N	T	E	I	S	O	N	N	E						
G	L	O	S	S	A	R	E	R	L	E	G	E	N	C	S	U		
L	O	T	P	A	R	T	N	E	R	E	I	C	H	E	N			

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Ernst Schenk, Goldach SG. Herzlichen Glückwunsch!

blinzeln			zu dem Zweck	Signalinstrument	künstl. mit Luft versorgen			wahnwitzig, hirnverbrannt	Erbauer d. Gott-hardtunnels †	Identitätskarte (Kw.)	amerik. Münzen		persönl. Fürwort (4. Fall)		oberster Punkt am Himmel	kugel-förmige Spielzeuge	Speise-fisch	Auer-ochse
Stimm-berechtigter							8	Nadelbaum	10						25. Juni; grosse ...-Demo			
kurz für: in dem			Dreschplatz		Bogen-gang								balt. Osteuro-päerin		Wappen-tier, Greif-vogel			9
Salze der Salpeter-säure								Doppel-zahl beim Würfel		US-Film-trophäe			gefäll-süchtig, selbst-gefällig		5			ge-brauht, getragen
					Über-reichen-der			Aufbe-gehren							span. Ab-schieds-gruss		durch-sichtiges Material	
Doku-menten-samm-lungen			kleine, unbest. Menge		Körper-teil								Beruf in der Textil-industrie		Wasser-lebewe-sen Ez.			
Hände weg von unseren ...!								Menge, Gruppe		gegen-wärtig			Baby-artikel Mz.					
					Viereck			weite, flache Gefässe							West-öster-reicher		Zch. f. Gold	
Wasser-vogel	histor. Ort am Urnersee			kleines Fang-netz								flacher Meerest-eil		Röst-brot-scheibe				
Funk-ortungs-ver-fahren								schweiz. Jugend-buch-heldin		gefüllte Tessiner Tortelli		US-Komiker † 2017 (Jerry)				Hafen-stadt in Ligurien	dt. Vorsilbe	
				Kiefern-art				scha-den-ersatz-pflichtig						betrieb-sam, munter		nicht schlecht		
ge-kochter Frucht-brei			Schlag-ader									noch nicht benutzt		Linke Pfädi-gruppe; ... Falken				4
Treffer b. Fussball Mz.								Doppel-konso-nant		männl. Fürwort		Teig-ware (Ez.)				Nasal-laut		modern, populär
Stellver-treter (Kw.)			Ruin, Unglück											unver-fälscht, rein				
					dort wurde gestreikt					Fuss-gänger-brücke								3

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 24. Juni 2022



Samstag
25. Juni

UNIA

Guter LMV!
Rente mit 60!
Zahntag!



**Grosse Bau-Demo in Zürich:
Stopp Stundenklau. Mehr Schutz!**



Anmeldung und
Gratis-Transport

WORKLESERFOTO



Fast wie bei van Gogh, nur natürlich!

WANN 29. Mai 2022
WO Niederösch BE
WAS Wunderschönes Mohnblumenfeld, verfeinert mit Margriten und etwas Kornblumen!
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

INSERAT

**Die «Gewerkschaft der Gewerkschafter:innen»:
 Zur Geschichte des VASO**

Di, 21. Juni 2022 / 17.30 Uhr

**Schweizerisches Sozialarchiv
 Stadelhoferstrasse 12, Zürich**

**Vortrag, basierend auf den
 Materialien des Archivs**

**Prof. Dr. Christian Koller
 Direktor Schweiz. Sozialarchiv**

**Kurt Altenburger
 Präsident VASO**

**anschliessend kleiner Apéro
 Anmeldung auf www.vaso.ch**

Der Verein der Angestellten sozialer Organisationen der Schweiz (VASO) bietet den Mitgliedern:

- Bildungsveranstaltungen/-reisen
- Beiträge für berufliche Bildung
- Rechtshilfe

Weitere Infos und Beitrittsformular:
 www.vaso.ch

WORKPOST

10 **workdossier** 3. Juni 2022

Das Parlament will das Frauenrentenalter erhöhen und behauptet, das sei Gleichstellung. «Nicht mit uns!» sagen diese

Hände weg von unseren Renten!

Clotilde Püntz (59), Verkäuferin, Vevey VD
«Bald bis 70 chrampfen?»
 «Ich bin hässig, wie Tausende Frauen in der ganzen Schweiz! Jetzt sollen wir bis 65 arbeiten, dann wohl bis 67, dann bis 70. Das geht nicht und schon gar nicht im Detailhandel. Viel ist gesundheitlich schädlich nicht möglich ist. Viele haben 10 bis 14 Stunden-Tag, die Arbeit an der Kasse ist stressig, und im Gemüse- und Frische-Regal müssen die Frauen schwer schleppten. Die wenigsten schaffen es gesund bis zum 50. Lebensjahr. Ich selbst kann nur noch 50 Prozent arbeiten, weil ich gesundheitlich angeschlagen bin.»

Fabienne Bignelli (30), Malerin, Bern
«Hätten wir Gleichstellung...»
 «Hätten wir sonst überall Gleichstellung, könnten wir von mir aus übers Rentenalter diskutieren. Aber so weit sind wir ja noch lange nicht! Frauen verdienen immer noch weniger und schulden den Grossteil der unbezahlten Arbeit. Im Alter stehen wir dann mit leeren Händen da. Meine Mutter zum Beispiel: Sie hat auf dem Bauernhof gearbeitet, um Kinder grosszuziehen und daneben nur zu einem kleinen Bruttolohn auf dem Bau zu arbeiten können. Ihr bleibt nicht viel mehr als die AHV und dort nicht einmal der volle Betrag.»

Ursula Mattmann Alberto (75), Rentnerin, Schwyzbach ZH
«Mehr AHV, nicht weniger!»
 «Schon jetzt gibt es immer mehr Arbeitslose. Und trotzdem sollen wir immer später in Rente kommen? Das ist doch höchstunfair! Sollen die Leute denn noch länger arbeiten sein und angestreut werden? Das wirkt sich ja auch auf die Rente aus. Und dort haben Frauen ohnehin schon einen Drittel weniger als Männer, weil sie weniger verdienen und nicht die gleichen Karrierechancen haben. Wovon sollen wir denn noch leben? Da ist doch klar: Was wir brauchen, ist mehr AHV, nicht weniger!»

Len Dünn (32), Pflegerin, Biel
«Frauenlöhne m...»
 «Die, die jetzt das Frauenrentenalter wollen, behaupten, es geht um die Gleichstellung. Gleichheit, damit anfangen, die Lebenssituationen! Ich bin in den klassischen «Frauenberufen» und habe unzahlbare Sorgen- und Hausaufgaben zu erledigen, dass diese Care werden kann. So könnten Frauen gleich fürs Alter ansparen wie Männer.»

**Lehngleichheitsgründungen für Firmen:
 Der ganz faule Trick**

Altersvorsorge: 13. AHV-Rente und Nationalbankgewinne für die AHV
Volksvermögen in die Volksversicherung

Wenn es der Mehrheit in diesem Land im Alter besser gehen soll, muss die AHV...

**WORK 10 / 3. 6. 2022:
 UV-LEUCHTEN: WER RETTET UNS
 VOR DEN CHEIBEN VIREN?**

Keine offenen UV-Lampen

Für Strahlung gilt: je kurzwelliger, desto energiereicher. Und: je energiereicher, desto grösser das Schadenpotential. Es ist also nicht logisch, dass UV-Strahlung von 222 nm den Menschen weniger schädigen sollen als längerwellige. Für die Augen gilt ja schon Blaulicht als schädlich, geschweige denn das UV-Licht mit wesentlich kürzerer Wellenlänge. Für die Desinfektion von Schulzimmern sollten nicht offene UV-Lampen, sondern Luftumwälzgeräte mit integrierten UV-Lampen eingesetzt werden um Gesundheitsschäden zu vermeiden!

WILLI AERNE, STAAD SG

in Wendezeiten wie dieser nichts weiter als eine sinnentleerte Worthülse erweist. Zudem glaube ich nicht, dass irgendwelche Gewerkschaften innerhalb der EU viel gegen einen Beitritt der Schweiz einzuwenden hätten, sollte sie sich dazu entschliessen, Arbeitnehmerinnenrechte zu stärken beziehungsweise Sozialstandards stetig zu verbessern und im Gegenzug ihren zweifelhaften Ruf etwa als Steuerfluchtburg per griffige Gesetzgebung los zu werden. Die EU (und wohl auch dieses Land) ist nach wie vor ein Entwicklungsprojekt – heute vielleicht mehr als auch schon. Es wird endlich Zeit, mitzuwirken!

HEINZ ABLER, WINTERTHUR

«Rote Linie» bleibt der Lohnschutz

Auch wenn jetzt Wirtschaftsverbände und FDP, CVP und Grünliberale auf den Gewerkschaften rumhacken: die «rote Linie» bleibt der Lohnschutz. Er ist existentiell für die Lohnabhängigen in der Schweiz, egal mit welchem Pass.

TONI GRACIA, PER MAIL

Kein neues «Buebetrickli»

Cassis und seine neoliberalen Auftraggeber versuchten, via Rahmenabkommen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit zu schwächen. Dieses «Buebetrickli» haben die Gewerkschaften verhindert. Cassis sollte es nicht noch einmal versuchen. Er ist durchschaut.

LISA HAURI, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

**WORK 10 / 3. 6. 2022:
 HÄNDE WEG VON UNSEREN RENTEN!**

Männer, mehr an den Herd

Es ist ja nicht mit der Arbeit getan. Denn zu Hause warten dann noch Haushalt, Kinder usw. Klar, mittlerweile helfen die meisten Männer zu Hause, aber den grössten Teil machen immer noch die Frauen

SABINE KELLER, VIA FACEBOOK

Und was ist mit den Kinderlosen?

Ich lebe allein, das heisst, ich muss keine zusätzliche unbezahlte Frauenarbeit machen. Dafür habe ich aber auch keinen Zweitverdiener zu Hause – ich habe nur das Geld, das ich selbst verdiene, um mich im Alter abzusichern. Wie viele Frauen arbeite

ich im Sozialbereich, das heisst, der Lohn ist okay, aber typischerweise nicht sehr hoch, entsprechend niedrig die PK-Beiträge. In meiner Branche ist man oft staatlich oder quasistaatlich angestellt, d. h., man wird meist mit 64 rausgestellt, ob man jetzt länger arbeiten möchte oder nicht. Für mich ist das frühere Rentenalter ein Problem. Ich möchte gerne bis 65 arbeiten. Warum setzt ihr euch nicht für alle Arbeiterinnen ein, sondern nur für die, die Familie haben? Wir Kinderlose sind immerhin ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung. Ich dachte, ihr macht euch auch für Minderheiten stark.

ELENA KONSTANTINIDIS, VIA FACEBOOK

Rentenalter runter für alle!

Das Rentenalter muss für alle gesenkt werden, nicht erhöht! Stoppt die Sklavenarbeit der Menschen!

FRANZISKA GABRIELA, VIA FACEBOOK

SADIK DINAJ**FAMILIEN-MENSCH**

Sadik Dinaj lebt mit seiner Familie in Rafz ZH. Er ist Vater von drei Kindern (die beiden Mädchen sind 14 und 12 Jahre alt, der Bub ist 10). Seine Frau arbeitet Teilzeit, während dreier Jahre war sie sogar in der gleichen Firma wie Sadik Dinaj und hat dort Aushilfsarbeiten gemacht.

MÖBEL. Auch in seiner Freizeit arbeitet Dinaj gerne mit Holz. Er habe seinen Esstisch und den Salontisch selber gemacht. Und kürzlich für einen Kollegen eine Garderobe. An den Wochenenden ist Familie Dinaj viel zusammen unterwegs, geht in den Zoo, in Museen. Und so oft wie möglich in die Ferien. Manchmal in die alte Heimat Kosovo. In diesem Jahr gönnt sich die Familie zwei Wochen Karibikferien in der Dominikanischen Republik.



Schreiner **Sadik Dinaj** (36) sorgt als Fenstermacher und Gewerkschafter mit Weitsicht für Durchblick

«Holz ist immer in Mode»

Schreiner Sadik Dinaj steht jeden Morgen punkt 7 Uhr topmotiviert auf der Matte. Er ist froh über den Schreiner-GAV und geht deswegen auch an die grosse Demo für die Erneuerung des Landesmantelvertrags auf dem Bau. Denn ohne GAV sei es einfach schwierig in der Branche.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS: NICOLAS ZONVI

Mal ist es ein moderner Neubau, mal ein renoviertes Bauernhaus, ein altes Schulgebäude oder ein Einfamilienhaus: überall glänzen sie, die nagelneuen Fensterfronten. Gemacht haben sie Sadik Dinaj (36) und sein Team bei der Schreinerei Theo Graf AG in Rafz ZH. Schreiner Dinaj erklärt: «Wir sind 12 Leute in der Fensterabteilung und machen rund 15 Rahmen pro Tag.» Kürzlich habe die Firma die gesamte Produktion verbessert, sie sei jetzt effizienter. Die allermeisten Kundinnen und Kunden seien aus der Region, sagt Dinaj. Nicht ohne Stolz fügt er an: «Pro Woche machen wir hier im Geschäft die Fenster für zwei bis drei Kundenaufträge fixfertig.» Schon seit 19 Jahren ist Sadik Dinaj im Betrieb. Zu-

erst hat er eine Anlehre bei einem Betrieb in Eglisau ZH gemacht. Eine Lehrstelle zu finden war für ihn kein Problem. «Ich hatte grosses Glück.» Er habe keine einzige Bewerbung geschrieben. «Ich habe immer gesagt, ich stelle mich direkt beim Chef vor, so wie ich bin.» Und es hat geklappt!

IMMER NEUGIERIG. Nachdem er zur Theo Graf AG gewechselt hatte, drückte er nochmals zwei Jahre die Berufsschulbank und schloss die reguläre Schreinerlehre ab. Das sei ihm vor allem deshalb gelungen, weil bei Theo Graf das Arbeitsklima sehr gut sei. Seit drei Jahren ist Dinaj jetzt Maschinist in der Fensterabteilung. Vorher hat er in der Abteilung Schreinerei und der Abteilung Bodenbeläge gearbeitet, war auch auf den Baustellen unterwegs: «Ich wollte alles sehen und lernen!»

Sehen und lernen wollte er schon früh: «Als ich klein war, ging ich häufig mit dem Grossvater in den Wald und habe mit Holz gespielt.» Der Grossvater war zwar nicht Schreiner, habe aber im Wald immer Hütten gebaut, viel mit Holz gebastelt und ihm gezeigt, wie das gehe. In der Schule

habe er im Werkunterricht dann selber häufig mit Holz gearbeitet. «Holz ist nie langweilig. Und immer in Mode.»

Dinaj arbeitet gerne bei der Theo Graf AG. Es sei ein freundlicher, moderner Familienbetrieb. «Wenn ich morgens um 7 Uhr mit der Arbeit anfangen, habe ich Freude, weil ich weiss, was mich erwartet.» Wenn ihm mal etwas nicht passe, dann sage er klipp und klar: «Hei, das ist nichts für mich.» Stress sei natürlich schon ein Thema, das sei wohl momentan in allen Firmen so. Überstunden mache er jedoch nur selten. Aber: «Wenn es wirklich mal einen dringenden Auftrag gibt, kommt der Chef am Mittwoch und fragt, ob wir am Samstag fünf Stunden zusätzlich arbeiten könnten. Da sage ich meistens Ja.»

HÖCHSTE PRÄZISION. Dinaj hat eine Schlüsselposition. Er bekommt die Aufträge direkt vom Produktionsleiter. «Von ihm erhalte ich den Plan, welche Fenster als nächstes produziert werden müssen.» Dinaj arbeitet mit einer CNC-Maschine. Diese ist durch den Einsatz von Steuerungstechnik in der Lage, Werkstücke mit hoher Präzision herzustellen. Dinaj gibt die richtigen Masse ein und kontrolliert, ob Breite, Dicke und Länge der Rahmen auch wirklich stimmen. Dann geht der Rahmen weiter in Abteilung 2, wo ein Kollege das Holz kontrolliert und wenn nötig ausbessert. Die nächste Station ist die Leimabteilung, und dann geht es weiter in die Malerei. Danach werden die Beschläge und Gummidichtungen angebracht – und ganz am Schluss wird das Glas eingesetzt.

Obwohl ihm sein Job gefällt, möchte Sadik Dinaj eines Tages ins Büro wechseln, vielleicht als Programmierer oder als Projektleiter. «Aber sicher nicht heute oder morgen, erst in ein paar Jahren!» Sein nächstes Ziel:

Teamleiter zu werden. «Ich habe das am Mitarbeitergespräch angesprochen, und mein Chef hat zumindest nicht Nein gesagt!»

WIE DER VATER. Dinaj ist Unia-Mitglied, seit kurzem sogar Delegierter in der Region Zürich-Schaffhausen. «Vor zwei Jahren kam die Unia zu uns ins Geschäft und hat vom vertragslosen Zustand erzählt, vom Schreinerverband, der sich querstellt. Und dass wir dringend einen neuen Gesamtarbeitsvertrag brauchen. Das hat mich überzeugt.» Dinaj ist dann auch gleich auf die Strasse, um für den neuen GAV zu demonstrieren. «Auch dieses Jahr werde ich natürlich an der Bau-Demo dabei sein. Und ich versuche, ein paar meiner Kollegen zu motivieren.»

Ohne GAV sei es einfach schwierig in der Branche. «Man weiss nie, was in Zukunft ist. Wenn's gut läuft, ist ja alles okay. Aber wenn's dann Probleme gibt, und du bist nicht in der Gewerkschaft, kannst du noch lange mit dem Chef stürmen, da erreichst du nichts. Wenn du aber die Unterstützung der Unia hast, kommst du weiter.»

Dinajs Vater war Bauarbeiter und viele Jahre lang Unia-Mitglied. Daher kannte er die Gewerkschaft natürlich schon. Aber er weiss, dass manche sagen: Finger weg von der Unia, die wollen nur dein Geld! «Aber das ist eben falsch, was diese Leute denken!» Schade findet er, dass die Unia an den Berufsschulen nicht präsenter ist. Denn viele Lernende wüssten gar nicht, was die Unia mache. Er habe das einem jungen Kollegen mal so erklärt: «Als wir Schreiner keinen Vertrag hatten, hätten die Chefs sagen können, ihr bekommt keinen 13. Monatslohn mehr, müsst mehr Stunden pro Woche arbeiten und habt auch noch weniger Ferien.» Dank dem GAV sei dies nun nicht der Fall. «Man muss halt den Leuten erklären, was die Unia für die Búezer macht!»



MASSARBEIT: Wenn Dinaj von seinem Arbeitskollegen die Pläne für die Fensterrahmen bekommen hat, macht er sich an die Abmessungen. Mit der CNC-Maschine werden die nötigen Werkstücke mit hoher Präzision hergestellt.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Digitalredaktorin), patriciadincau@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jallily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.